

Stand: 29.12.2025 10:25:22

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/2361

"Gesetzentwurf zur Änderung des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen (Wiedereinführung des neunjährigen Gymnasiums)"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/2361 vom 20.06.2014
2. Plenarprotokoll Nr. 21 vom 01.07.2014
3. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/6391 des BI vom 23.04.2015
4. Plenarprotokoll Nr. 44 vom 07.05.2015
5. Beschluss des Plenums 17/6902 vom 10.06.2015
6. Plenarprotokoll Nr. 46 vom 10.06.2015



Gesetzentwurf

der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Martin Güll, Kathi Petersen, Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild, Inge Aures, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Hans-Ulrich Pfaffmann, Helga Schmitt-Bussinger** und **Fraktion (SPD)**

**zur Änderung des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen
(Wiedereinführung des neunjährigen Gymnasiums)**

A) Problem

Auch zehn Jahre nach der Verkürzung der gymnasialen Schulzeit von neun auf acht Jahre reißt die Kritik am achtjährigen Gymnasium nicht ab. So sprachen sich im Januar 2012 im Rahmen der 2. Jako-O Bildungsstudie auf die Frage „Wenn Sie entscheiden müssten: Würden Sie für Ihr Kind das acht- oder das neunjährige Gymnasium wählen?“ 79 Prozent der Befragten für die neunjährige Variante aus. In Bayern sogar 84 Prozent.

Die Kritikpunkte am achtjährigen Gymnasium sind vor allem folgende:

- Die Verdichtung des schulischen Lernens geht einher mit einer Qualitätsminderung.
- Die Verkürzung der gymnasialen Schulzeit gefährdet die Studierfähigkeit.
- Die Verkürzung bringt die Reduzierung auf Wissensvermittlung mit sich.
- Der Leistungsdruck steigt, fehlende Freizeit führt zu weniger Engagement in außerschulischen Bereichen.
- Die Kinder werden durch Verdichtung des Lernstoffs und zu wenig Zeit enorm belastet.
- Es gibt eine enorme Spreizung bei den Schülerleistungen im Gymnasium, insbesondere bei den Abiturergebnissen.
- In der Mittelstufe gibt es zum Teil 15 verschiedene Fächer. Ausgerechnet in der Pubertätsphase haben die Schüler die höchste Stundenbelastung.
- Jungen sind die Verlierer im G8. Sie bleiben häufiger sitzen und wechseln häufiger an Realschulen und Mittelschulen.
- Pro Tag sind oft acht bis zu neun Unterrichtsstunden angesetzt und entsprechend viele Fächer.

Auch die bisher von der Staatsregierung durchgeführten Maßnahmen zur Entlastung greifen nicht. Dreimal wurden die Lehrpläne des G8 in Bayern mehr oder weniger gekürzt, doch die Belastung für die Schülerinnen und Schüler wurde nicht geringer. Die Zahl der Pflichtstunden in den Abiturfächern wurde gekürzt (statt vier nur noch drei Stunden), in Deutsch (Klasse 10), in Englisch (durchgängig Klassen 7 bis 10) und in Mathematik (Klasse 8 und Klasse 10). Probeklausuren zum bundesweiten Abitur im Herbst 2013 fielen in Bayern so schlecht aus, dass die Schüler wählen konnten, ob sie die Note einbringen wollten oder nicht.

Die Gewichtung der mündlichen und schriftlichen Noten in der Oberstufe wurde von 2:1 auf 1:1 geändert. Ein Flexibilisierungsjahr in der Mittelstufe wurde ab dem Schuljahr 2013/14 eingeführt, wird aber kaum angenommen.

Alle Gymnasien bekamen mit IZBB-Mitteln Mittagsverpflegung für einen mehr oder weniger geordneten Ganztagsbetrieb, aber die pädagogischen Konsequenzen aus einem Ganztagsbetrieb wurden nicht gezogen.

B) Lösung

1. Wiedereinführung des neunjährigen Gymnasiums

Die Schulzeit am Gymnasium wird wieder verlängert und beträgt grundsätzlich neun Jahre, individuelle Verkürzungsmöglichkeiten werden gestärkt.

Durch die Verlängerung der Schulzeit wird durch Entschleunigung, die Konzentration auf die wesentlichen Inhalte und die Bewahrung des Fachwissens der Schwerpunkt der gymnasialen Bildung auf Persönlichkeitsbildung, Urteilkraft und die Balance zwischen kognitiven und ethisch-sozialen sowie ästhetischen Inhalten angestrebt. Mehr Lernzeit für die Schülerinnen und Schüler, mehr Zeit für Kernfächer, mehr Zeit für individuelle Förderung, mehr Entwicklungszeit für die Persönlichkeit, mehr Zeit für außerschulische Aktivitäten, die Entlastung des Schulalltags, bessere Bedingungen für Inklusion, mehr freie Zeit, eine umfassendere Allgemeinbildung, die bessere Vorbereitung auf das Studium und die bessere Vorbereitung auf die nachschulische Zeit sind die Ziele, die dabei angestrebt werden.

2. Verlagerung der Qualifikationsphase

Die Qualifikationsphase in der Oberstufe wird in die Jahrgangsstufen 12 und 13 verlegt. Die Qualifikationsphase für das Abitur ist weiterhin für die letzten beiden Schuljahre vorgesehen.

C) Alternativen

Keine

D) Kosten

1. Allgemeines

Die Wiedereinführung des G9 führt zu unter Kostengesichtspunkten relevanten Veränderungen.

Durch die Verlagerung der Qualifikationsphase in die Jahrgangsstufen 12 und 13 entstehen keine Kosten.

2. Kosten für den Staat

2.1 Personalkosten

Durch die Beibehaltung der in der KMK vereinbarten Anzahl der verbindlichen Wochenstunden von 265 Stunden bis zum Abitur, die jeder Schüler durchlaufen haben muss, entstehen keine zusätzlichen Kosten. Die zu haltenden Unterrichtsstunden werden lediglich um ein Jahr gestreckt.

3. Kosten für die Kommunen

Die Kommunen sind durch die Wiedereinführung des G9 im Bereich

- Pflichtaufgaben als Sachaufwandsträger, als Träger der Schülerbeförderung,
 - freiwillige Aufgaben als Schulträger
- betroffen.

Durch die Wiedereinführung des G9 werden besondere Anforderungen an die Erfüllung von Aufgaben durch die Kommunen gestellt. Der dadurch verursachte Mehraufwand ist durch den Staat im Rahmen des Konnexitätsprinzips auszugleichen. Danach ergibt sich im Einzelnen für die Kommunen:

3.1 Sachaufwandsträgerschaft (Pflichtaufgabe)

Städte, Landkreise und Zweckverbände sind nach dem Bayerischen Schulfinanzierungsgesetz (BaySchFG) Träger des Sachaufwands der staatlichen und natürlich auch der kommunalen Gymnasien.

Zum Sachaufwand gehören nach Art. 3 Abs. 2 BaySchFG vor allem die Aufwendungen für Bereitstellung, Einrichtung, Ausstattung, Bewirtschaftung und Unterhaltung der Schulanlage.

3.1.1 Klassenräume, Kursräume, Fachräume etc.

Bei der Wiedereinführung eines neunjährigen Bildungsgangs entsteht in einem Gymnasium wieder ein zusätzlicher Raumbedarf im Bereich der allgemeinen Unterrichtsräume und in dem der Fachräume. Bei einem Wechsel vom G8- zum G9-Bildungsgang wird für eine neu zu bildende Lerngruppe/Klasse ein zusätzlicher allgemeiner Unterrichtsraum und etwa ein Viertel eines Fachraums zusätzlich benötigt. Es kann nicht davon ausgegangen werden, dass diese Räume noch aus den Zeiten des „alten“ G9-Bildungsgangs zur Verfügung stehen werden, da die durch die Schulzeitverkürzung frei werdenden Räume eines kompletten Jahrgangs an vielen Gymnasien durch die wachsende Zahl der Schülerinnen und Schüler der Gymnasien belegt sind bzw. sein werden. Wenn man von 1,25 Räumen je Zug ausgeht, führt dies bei einer durchschnittlichen Raumgröße von 60m² insgesamt zu 75m². Geht man von 2.500 Euro je m² aus, erfordert dies – sofern Räume tatsächlich in diesem Umfang zusätzlich bereitgestellt werden müssten – zusätzliche investive Ausgaben je Zug von 187.500 Euro im Endausbau. An wie vielen Schulen entsprechende Ausbauten erforderlich sein werden, lässt sich nur durch regionale Analysen ermitteln.

3.2 Schülerbeförderung (Pflichtaufgabe)

Die notwendige Beförderung der Schüler auf dem Schulweg ist u.a. bei öffentlichen Gymnasien im durch das Schulwegkostenfreiheitsgesetz festgelegten Umfang (Pflicht-)Aufgabe der kreisfreien Gemeinde oder des Landkreises des gewöhnlichen Aufenthalts des Schülers.

Die Beförderungspflicht besteht um ein Jahr länger.

Gesetzentwurf

zur Änderung des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen

§ 1

Änderung des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen

Art. 9 des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen (BayEUG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Mai 2000 (GVBl S. 414, ber. S. 632, BayRS 2230-1-1-K), zuletzt geändert durch § 1 des Gesetzes vom 23. Mai 2014 (GVBl S. 186), wird wie folgt geändert:

1. Abs. 2 Satz 1 erhält folgende Fassung:
„¹Das Gymnasium umfasst die Jahrgangsstufen 5 bis 13.“
2. In Abs. 3 Satz 2 wird die Zahl „12“ durch die Zahl „13“ ersetzt.
3. Abs. 4 Satz 1 wird wie folgt geändert:
 - a) In Nr. 1 werden die Worte „11 und 12“ durch die Worte „12 und 13“ ersetzt.
 - b) In Nr. 2 werden die Worte „11 und 12“ durch die Worte „12 und 13“ ersetzt.
 - c) In Nr. 3 werden die Worte „11 und 12“ durch die Worte „12 und 13“ ersetzt.
 - d) In Nr. 4 werden die Worte „11 und 12“ durch die Worte „12 und 13“ ersetzt.

§ 2

Dieses Gesetz tritt am in Kraft.

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote

Abg. Martin Güll

Abg. Thomas Gehring

Abg. Otto Lederer

Abg. Günther Felbinger

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Ich rufe die Tagesordnungspunkte 3 e und 3 f auf:

Gesetzentwurf der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Martin Güll, Kathi Petersen u. a. und Fraktion (SPD)

zur Änderung des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen (Wiedereinführung des neunjährigen Gymnasiums)

(Drs. 17/2361)

- Erste Lesung -

und

Gesetzentwurf der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

zur Änderung des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen

Gymnasium plus: Lernen im eigenen Takt durch pädagogische Reformen in der Unter- und Mittelstufe und Stärkung der Eigenverantwortung in der Oberstufe durch Kurssystem und flexibler Oberstufe (Drs. 17/2447)

- Erste Lesung -

Die Redner von SPD und GRÜNEN werden die Begründung und Aussprache zusammenfassen. Sie erhalten damit zehn Minuten Redezeit. Es beginnt der Kollege Güll. Bitte schön, Herr Güll.

Martin Güll (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! In der Tat befinden wir uns im Moment in einem laufenden Prozess, ein zentrales und wichtiges Thema neu zu ordnen. Es geht darum, die Form und die Laufzeit des Gymnasiums für die nächsten Jahre, vielleicht auch für die nächsten Jahrzehnte festzulegen. Man kann den Eindruck haben, es gäbe in der Bildungspolitik gar kein anderes Thema. Es ist aber so, dass man dieses Thema noch einmal fundiert und gründlich behandeln muss. Die Frage, ob man in diesem laufenden Prozess auch einen Ände-

rungsgesetzentwurf einbringen kann, kann man ruhigen Gewissens mit Ja beantworten.

Ich will auch ganz kurz sagen, warum diese Gesetzesänderung aus unserer Sicht notwendig ist. Wir haben zehn Jahre hinter uns, seit Ihr ehemaliger Ministerpräsident eine Verkürzung der Laufzeit des Gymnasiums auf den Weg gebracht hat, die offensichtlich so schlecht und ohne Konzept gemacht wurde, dass wir nicht zur Ruhe gekommen sind. In der Konsequenz hat diese Verkürzung für das Ministerium immer wieder bedeutet, dass es die Unzulänglichkeiten dieser politischen Entscheidung nachbessern musste. Im Einzelnen will ich Ihnen die Aufzählung ersparen, was das war. Ich nenne nur Stichworte wie Veränderung der Notengebung und der Bewertungen, Flexi-jahr und so weiter. Letztendlich gab es keine Lösung, die die Schulfamilie in Gänze zufriedengestellt hätte.

Deshalb ist es notwendig, die Kernfrage zu stellen: Liegt es tatsächlich auch an der Laufzeit des Gymnasiums und nicht nur an der inhaltlichen Gestaltung? Ich weiß, dass der Kollege Lederer wieder meine Einlassung von vor zwei Jahren zitieren und sagen wird: Keiner will zurück zu neun Jahren. Herr Kollege Lederer, die Welt dreht sich nun einmal weiter, und man kann sich auch weiterentwickeln. Das würde ich Ihnen manchmal auch wünschen. Deshalb beschäftigen wir uns, seit wir die ersten Abiturjahrgänge des G 8 hinter uns haben, intensiver mit der Frage, wie das Gymnasium aussehen soll und wie lange seine Laufzeit sein soll.

In der Tat haben wir uns den Veränderungen auch schon angenähert. Vor zwei Jahren waren wir so weit, wie es die GRÜNEN heute sind, nämlich die Unter- und die Mittelstufe neu zu regeln und die flexible Oberstufe einzuführen. Ja, wir haben uns in der Diskussion mit der Schulfamilie unter Einbeziehung der unverkennbaren Entwicklungen neu positioniert und uns dazu durchgerungen, die Frage, wie lange das Gymnasium dauern soll, so zu beantworten: Für einen erheblichen Teil der Schüler ist es besser, die neun Jahre wieder einzuführen. Darum kommt niemand herum, letztendlich

auch die Staatsregierung nicht, wenn sie sich diese Frage stellt. Wir müssen das dann auch im Gesetz so festschreiben.

Der Artikel 9, der die Laufzeit des Gymnasiums festlegt, muss in Zukunft entweder regeln, dass wir bei acht Jahren bleiben, oder wir machen es wie die FREIEN WÄHLER und schreiben "acht oder neun Jahre" hinein. Oder wir schreiben hinein, wie wir es in diesem Gesetzentwurf gerne haben wollten: Die Laufzeit ist neun Jahre. Sie finden das in diesem Gesetzentwurf auch nicht mehr, weil ich – dazu stehe ich auch – schon der Meinung bin, dass wir die Ausgestaltung des Gymnasiums in dem jetzt begonnenen Prozess über einen großen Konsens der Schulfamilie herstellen sollen. Den Inhalt des Gymnasiums sollten wir in einem großen gemeinsamen Prozess festlegen. Wir kommen nicht darum herum, die Frage zu stellen und zu beantworten, auf welcher Basis wir dieses neue Gymnasium aufbauen. Jemand, der Autos entwickelt, wird sich auch überlegen, ob er einen Sportwagen oder einen Tourenwagen entwickeln will, um dann festzulegen, wie man die Komponenten zusammenbaut.

Ich halte es für angebracht, eine verlässliche Grundgröße und Grundlaufzeit für das Gymnasium per Gesetz festzulegen. Das soll mit unserem Gesetzentwurf geschehen. Der Artikel 9 soll geändert werden. Darauf aufbauend soll in Ruhe und mit allen hier im Hause Beteiligten und mit den Beteiligten aus der Schulfamilie die Diskussion geführt werden; denn neben der Laufzeit ist für uns, die SPD-Fraktion, eines ganz zentral wichtig: Es kommt auf die Inhalte und die Ausgestaltung des Gymnasiums an. Das gilt übrigens auch für die anderen Schularten. Auch die Frage, wie eine Mittelschule oder eine Realschule aufgebaut ist, spielt eine Rolle. Das werden dann die Bildungspolitiker in den unterschiedlichen Fraktionen entwickeln. Für uns ist es wichtig, dass wir zu einer verlässlichen Entscheidung kommen, die für Ruhe an den Schulen und verlässliche Rahmenbedingungen für die Schulen sorgt. Das wollen wir machen.

Ich persönlich könnte auch mit dem Gesetzentwurf der GRÜNEN leben. Kerninhalt des Entwurfs der GRÜNEN ist, dass wir die Unter- und Mittelstufe mit den 30 Stunden entschleunigen und bis zur zehnten Klasse neu gestalten. Darüber haben wir auch mit

den FREIEN WÄHLERN einen großen Konsens. Mir persönlich ist es sehr sympathisch, eine Beschleunigungsspur, wahrscheinlich sogar eine Überholspur im Sinne der flexiblen Oberstufe einzuführen. Zu den Inhalten wäre es auch ein Vorschlag unserer Fraktion, für die schnellen und leistungsstarken Schüler Überholspuren einzubauen. Eine dieser Überholspuren könnte eine flexible Oberstufe sein. Ob sie so sein muss, wie es der Gesetzentwurf der GRÜNEN vorsieht, bezweifle ich im Moment. Von der Kultusministerkonferenz wird dagegen vermutlich eine gewisse Skepsis kommen. Das ist aber eine Option, genauso wie auch das von der Schule begleitete Überspringen einer Klasse eine Option ist. Als dritte Option will ich eine Beschleunigung über eine gute pädagogische Konzeption in Form eines gebundenen Ganztagsangebots aufrechterhalten.

Letztendlich werden wir nicht darum herumkommen, entweder das Gesetz so zu lassen oder es zu verändern. Der Vorschlag der SPD-Fraktion lautet: Bevor wir die inhaltliche Diskussion führen, sollten wir uns darüber verständigen, ob wir das Gymnasium auf neun oder auf acht Jahren aufbauen. Unser Vorschlag ist auf dem Tisch. Wir wollen es auf neun Jahren aufbauen. Ich hoffe, dass wir in den weiteren Diskussionen im Bildungsausschuss und in der Zweiten Lesung in diesem Hause zu einem Ergebnis kommen. Drücken werden wir uns davor nicht können. Irgendwann werden wir diese Frage zu beantworten haben. Deshalb glaube ich, dass jetzt der richtige Zeitpunkt ist, hier diesen Gesetzentwurf einzubringen, um die richtige Linie vorzugeben.

Deshalb bin ich guten Mutes, dass wir hier die Mehrheit der Schulfamilie hinter uns haben. Wenn man Bilanz zieht, können wir, so glaube ich, sagen – das zeigen auch Umfragen -, dass insgesamt mehr Menschen – Eltern, Lehrer, Schüler – in Richtung des neunjährigen Gymnasiums unterwegs sind als in Richtung eines achtjährigen Gymnasiums.

(Zuruf des Abgeordneten Professor Dr. Gerhard Waschler (CSU))

Das bilden wir mit diesem Gesetzentwurf ab.

(Beifall bei der SPD)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Vielen Dank, Herr Kollege Güll. Unser nächster Redner ist Herr Kollege Gehring. Bitte schön, Herr Kollege Gehring.

Thomas Gehring (GRÜNE): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! In der Zeitschrift "Das Gymnasium in Bayern" wurde der Prozess der gegenwärtigen Diskussion um das Gymnasium in Bayern kürzlich mit den Worten "Times - they are changing" beschrieben. Wir GRÜNEN haben uns an diesem Prozess sehr aktiv beteiligt. Im Januar haben wir zu einem großen Gymnasialkonvent eingeladen, der gut besucht war und wo die gymnasiale Familie mit Experten aus anderen Bundesländern diskutiert hat. Wir haben ein Gutachten bei Professor Klemm aus Essen in Auftrag gegeben; er hat die Schwierigkeiten deutlich gemacht, zwei gymnasiale Züge flächendeckend in Bayern anzubieten, und etwas über die Kosten ausgeführt. Er hat auch gesagt, wo die Probleme in der Oberstufe in Bayern sind und wie ein neues Oberstufenmodell aussehen könnte.

Wir haben im Ausschuss eine Anhörung zu diesem Thema beantragt, und das war eine sehr gute Anhörung – mit sehr guten Beiträgen, sehr guten Experten. Heute legen wir diesen Gesetzentwurf vor. Es ist gut, dass nun die verschiedenen Konzepte auf dem Tisch liegen. Beim Gesetzentwurf der SPD gefällt mir die Botschaft nicht, die er ausstrahlt; vielleicht ist sie auch gar nicht intendiert. Aber wenn da von der "Wiedereinführung des G 9" die Rede ist, klingt das nach einem Zurück zum G 9, und das kann einfach nicht die Lösung der Probleme sein.

(Beifall bei den GRÜNEN und der CSU – Inge Aures (SPD): Jetzt klatschen schon die CSUler für die GRÜNEN; Donnerwetter!)

Diese Probleme sind: Das Gymnasium hat sich verändert. Die Übertrittsquote ist ganz stark gestiegen; die Lebenswelt der Jugendlichen verändert sich. Allein wenn ich das Thema Digitalisierung nenne, wird deutlich, dass wir noch vor großen Aufgaben stehen. Deswegen ist es uns wichtig, in unserem Gesetzentwurf auf die Bedeutung der

inhaltlichen Reformen des Gymnasiums hinzuweisen. Natürlich geht es auch um Zeit, um Zeit zum Lernen. Jeder und jede braucht seine/ihre Zeit, um zu lernen. Wir alle sind da sehr unterschiedlich. Jeder muss seinen Takt finden, jede muss ihren Takt finden, wie sie lernt und den Tag gestaltet. Wir sind der Überzeugung – das zeigt dieser Gesetzentwurf -, dass diese Frage nicht mit unterschiedlichen Zügen und Parallelstrukturen in der Unter- und Mittelstufe gelöst werden kann.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zum einen muss nach der vierten Klasse bzw. nach der sechsten Klasse nicht nur über die weiterführende Schulart entschieden werden, sondern auch noch darüber, welcher Zweig in der Unterstufe es denn sein soll. Damit würde der Entscheidungsdruck auf die Eltern ein weiteres Mal erhöht. Zum anderen kennen wir alle die Pubertät, wir wissen, wie unterschiedlich und wie unterschiedlich schnell sich die Menschen entwickeln. Daher kann nur sehr schwer prognostiziert werden, wie jemand in der siebten, in der neunten oder zehnten Klasse zurechtkommt, ob er ein schneller oder ein eher langsamer Schüler ist. - Dazu kommt, dass Schülerinnen und Schüler bei diesen Modellen aus der Klassengemeinschaft herausgenommen werden. Das gilt auch für das Modell der Philologen. Auch das ist nicht umsetzbar und wird nicht auf große Zustimmung stoßen. Es ist mit seinen Doppelstrukturen vor allem in kleineren Schulen nicht oder kaum durchführbar und würde dort für große Probleme sorgen.

Wir sagen: Lernen im eigenen Takt heißt, die Situation des einzelnen Schülers, der einzelnen Schülerin zu sehen. Junge Leute am Gymnasium – ich denke nur an die zehnte Klasse, wo 16 Fächer unterrichtet werden und im Zeugnis stehen -, gerade in der Mittelstufe, hetzen durch den Vormittag. Bei fünf bis sechs Stunden und sechs unterschiedlichen Fächern an einem einzigen Vormittag ist kein sinnvolles Lernen möglich. Kein Erwachsener würde eine Fortbildung für Erwachsene so organisieren, wie wir heute immer noch an vielen Schulen einen gymnasialen Schulvormittag organisieren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir brauchen also andere Formen der Unterrichtsorganisation und des Lernens, eben fächerübergreifenden Unterricht. Ich weiß, da bewachen natürlich die Fachschaften ihre Pfründe, aber wir müssen an die Fächerverbünde heran. Wir müssen das Projektlernen stärken, wir brauchen vielleicht auch mehr periodisches Lernen. Dabei bearbeitet man das eine Fach ein halbes Jahr vertieft, und im nächsten halben Jahr vertieft man das Lernen im anderen Fach.

Mit unserem Gesetzentwurf wollen wir erstens den Schulen die Aufgabe geben, die entsprechenden pädagogischen Konzepte zu entwickeln; dem Kultusministerium wollen wir die entsprechenden Freiräume geben, damit die Schulen ihren Weg zu einer besseren pädagogischen Organisation der Unter- und Mittelstufe gehen können. Zweitens sagen wir: Jungen Leuten von 16, 17 Jahren ist die Entscheidung durchaus zuzutrauen, ob sie letzten zwei oder drei Jahre schneller oder langsamer durch die Schule gehen, ob sie mehr Zeit brauchen, um etwas aus der Mittelstufe zu vertiefen oder nicht. Diese Entscheidungsfreiheit würde den Druck aus der Mittelstufe nehmen, wenn man hier etwas den Deckel "lupft" und wenn der Betreffende weiß, dass er noch etwas nachholen kann. Damit würde den Schülerinnen und Schülern auch die Gelegenheit gegeben, vielleicht ins Ausland zu gehen, ein Praktikum zu machen oder zu entscheiden, die Oberstufe in zwei Jahren schnell durchzuziehen.

Die Abschaffung der Leistungskurse erweist sich als Fehler, wie auch viele Lehrerinnen und Lehrer sagen. Das ist ein weiterer wichtiger Punkt, wenn es um das vertiefte Lernen geht. Nachdenklichkeit und Reflexionsfähigkeit zu fördern, ist nämlich auch eine Aufgabe des Gymnasiums.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Deswegen plädieren wir dafür, das Kurssystem zumindest ein Stück weit in der Oberstufe wieder einzuführen, damit vertieft gearbeitet und die Studierfähigkeit erworben werden kann. Das sollte eigentlich das Ziel des Abiturs sein.

Wir fordern also pädagogische Reformen für die Unter- und Mittelstufe – Druck herausnehmen –, eine Oberstufe in zwei Geschwindigkeiten und die Einführung von Leistungskursen. Mit unserem Gesetzentwurf machen wir einen Vorschlag für die Reform des Gymnasiums und legen das Konzept auf den Tisch, wie das Gymnasium der Zukunft nach unserer Vorstellung ausschauen muss. Mit unserem Gesetzentwurf garantieren wir – das gilt auch für die SPD –, dass dieses Thema nicht zu Ende ist, ganz egal wie das Volksbegehren der FREIEN WÄHLER ausgeht. Das Thema Gymnasialreform wird im Herbst hier im Landtag verhandelt und in der Öffentlichkeit diskutiert werden. Jetzt liegen die Konzepte auf dem Tisch.

Das Angebot des Kultusministers nehmen wir natürlich an, Werkstattgespräche zu führen, um zu sehen, wo wir auf gemeinsame Lösungen kommen. Manchmal findet man eher Gemeinsamkeiten, wenn man zunächst einmal die unterschiedlichen Herangehensweisen herausarbeitet; dann hat man die Auswahlmöglichkeit und kann überlegen, wohin man geht. Wenn wir da einen gemeinsamen Weg finden, wird's gut; wenn nicht, werden wir hier darüber debattieren und die Auseinandersetzung suchen. Ich bin sicher: Das bayerische Gymnasium, die bayerische Schullandschaft generell braucht diese Debatten. Wir werden sie führen; wir werden den Druck aufrechterhalten. Ich versichere Ihnen: Wir werden im Herbst noch einmal heftig um die Zukunft des bayerischen Gymnasiums ringen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Vielen Dank, Herr Kollege Gehring. Nächster Redner ist der Kollege Lederer. Bitte schön.

Otto Lederer (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Nachdem wir hier bereits die eigenwilligen und unrealistischen Vorschläge der FREIEN WÄHLER zum Gymnasium diskutiert haben, haben wir nun den eigenwilligen und inhaltsarmen Vorschlag der SPD

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Auf den Ihren warten wir immer noch! Sie geben einfach ein leeres Blatt ab!)

und den eigenwilligen, aber leider nicht KMK-konformen Vorschlag der GRÜNEN auf dem Tisch. Das bedeutet: Wir haben hier im Landtag drei Oppositionsparteien, die sich lediglich in der Ablehnung des bayerischen Gymnasiums in seiner heutigen Form und natürlich in der Ablehnung der ergebnisoffenen Beendigung des Dialogprozesses einig sind.

(Beifall bei der CSU – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Wie kann man etwas "ergebnisoffen beenden"?)

Die drei Oppositionsparteien haben aber vollkommen unterschiedliche Vorstellungen davon, wie das Gymnasium der Zukunft in Bayern ausschauen soll.

(Margarete Bause (GRÜNE): Sie haben jedenfalls gar keine! – Günther Felbinger (FREIE WÄHLER): Können Sie sagen, wie es nach den Vorstellungen der CSU aussieht?)

Das zeigt: Die drei Oppositionsparteien haben keinerlei gemeinsamen Nenner für die Bildungspolitik in Bayern.

(Beifall bei der CSU)

Während die FREIEN WÄHLER künftig G 8 und G 9 gleichzeitig anbieten wollen und damit eine Gefährdung vieler kleiner Gymnasien im ländlichen Raum in Kauf nehmen, will die SPD jetzt wieder zurück zum G 9. Herr Güll, es ist interessant, dass Sie jetzt zum G 9 zurück wollen, obwohl Sie doch zu den Zeiten, als wir noch das G 9 hatten, kein gutes Haar am G 9 gelassen haben.

(Beifall bei der CSU)

Im Übrigen gibt es auch bei der SPD Bildungsexperten, aber aus anderen Bundesländern, die nach wie vor fordern, wir sollten das G 8 belassen.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Wir wollen Wahlfreiheit!)

Nichtsdestotrotz: Die Bayern-SPD will wieder zum G 9 zurück, macht aber leider keinerlei oder nur sehr wenige Vorschläge zu dessen künftigen Inhalten.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Noch weniger als ihr macht sie nicht!)

Das einzige, was ich herausgelesen habe, war: 265 Pflichtstunden auf neun Jahre verteilt. Das heißt aber, dass wir in der Unterstufe weniger als 30 Wochenstunden hätten. Die Gymnasial-Kinder hätten dann weniger Unterricht pro Woche als die Viertklässler in der Grundschule. Was ist denn dann mit mehr Zeit für die Individualisierung und mehr Zeit für die Kernfächer, die Sie immer wollten, wenn Sie die Stundenzahl nicht erhöhen wollen?

(Martin Güll (SPD): Das machen wir schon!)

Darauf geben Sie leider keine Antwort. Völlig anders ist dagegen der Vorschlag der GRÜNEN zum Gymnasium plus. Dieser Vorschlag ist möglicherweise angelehnt an "LehrplanPLUS". Die GRÜNEN wollen grundsätzlich ein G 8, aber mit flexibler Oberstufe. Hier liegt das Problem begründet; denn die flexible Oberstufe geht nicht mit den Beschlüssen der Kultusministerkonferenz konform.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): So genau geht es da nicht!)

Dieser Vorschlag ist also in absehbarer Zeit nicht in die Praxis umzusetzen. Ich frage mich deshalb, warum Sie jetzt, zu dieser Zeit, einen solchen Vorschlag machen, obwohl Sie wissen, dass er nicht KMK-konform ist. Das lässt fast vermuten, dass es Ihnen weniger um Fakten als vielmehr um Emotionen geht.

(Beifall bei der CSU)

Ich bin der Meinung, die Debatte ist emotional genug. Wir brauchen mehr Versachlichung. Die Bayerische Staatsregierung hat deshalb einen Dialogprozess begonnen. Sie will ein von möglichst vielen Beteiligten akzeptiertes Modell für das bayerische

Gymnasium erarbeiten. Dabei wollen wir aber kein Gymnasium light wie die SPD, bei dem Kinder in der Unterstufe um 12.00 Uhr nach Hause geschickt werden. Wir wollen auch keinen mit den KMK-Beschlüssen unvereinbaren G-8-plus-Umbau à la GRÜNE.

(Martin Güll (SPD): Sondern?)

Wir wollen eine inhaltlich-pädagogische Weiterentwicklung des Gymnasiums, um der Heterogenität der Schülerschaft, wie die Experten sagen, noch besser gerecht zu werden.

(Beifall bei der CSU – Prof. Dr. Michael Piazzolo (FREIE WÄHLER): Wie soll das aussehen?)

Deshalb sollte der sachliche und konstruktive Dialogprozess tatsächlich ergebnisoffen zu Ende geführt werden, bevor wir mit Vorschlägen in die Öffentlichkeit gehen. Sonst wird dieser Prozess konterkariert. Ich fordere Sie daher auf, sich wieder an dem offenen Dialogprozess zu beteiligen; denn wir wissen: Das G 8 für alle ist genauso überholt wie das G 9 für alle. – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Herr Kollege Lederer, bitte bleiben Sie noch ein wenig hier. Herr Kollege Gehring hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet.

(Zuruf von der CSU: Die Frau Bause!)

- Aber Frau Bause hat Herrn Kollegen Gehring ihre Zwischenbemerkung geschenkt.

Thomas Gehring (GRÜNE): Lieber Herr Kollege Lederer, von uns GRÜNEN kann man lernen, wie man in einer Fraktion miteinander umgeht. Ich weiß nicht, wie die Kolleginnen und Kollegen der CSU-Fraktion beim Thema Gymnasium miteinander umgehen, und wie sie mit dem umgehen, was der Herr Kultusminister und der Herr Kultusstaatssekretär sagen. Eigentlich wird von Ihnen nicht gesagt, was gemacht werden soll.

Sie sagen, Sie wollten sich an einem ergebnisoffenen Dialogprozess beteiligen. Wenn man sich an einem Dialog beteiligt, bedeutet das, dass mindestens zwei miteinander reden. Wenn einer etwas sagt, muss der andere auch etwas sagen. Uns würde einmal interessieren, was Sie in diesen Prozess einbringen. Kommt da irgendwas, irgendwelche Eckpunkte oder Stichpunkte? Könnten Sie uns einmal teilhaben lassen an dem Dialog, den Sie mit uns führen wollen?

(Beifall bei den GRÜNEN – Michael Hofmann (CSU): Wir haben doch bei der Anhörung mit Experten geredet!)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Bitte schön, Herr Kollege Lederer.

Otto Lederer (CSU): Herr Kollege Gehring, Sie waren doch bei der Expertenanhörung dabei. Sie haben doch gehört, worum es eigentlich geht: Die Strukturfrage, ob G 8 oder G 9, ist eigentlich die falsche Frage. Wir müssen uns darüber unterhalten, wie wir das personalisierte Lernen weiter voranbringen. Das sind die Inhalte. Darüber müssen wir uns klar sein. Interessant ist, dass in diesem Dialogprozess über diese Frage auf wissenschaftlicher Ebene sehr sachlich diskutiert wird. Hier gibt es sehr viele gemeinsame Nenner. Das Thema der Struktur, ob G 9, wie von der SPD, oder G 8, wie von den GRÜNEN vorgeschlagen, muss am Ende dieses Prozesses stehen.

Sie machen eine Umkehrung. Sie sagen, obwohl wir noch mitten im Prozess sind, dass Sie das G 9 oder das G 8 wollen. Wir müssen die Inhalte weiter vorantreiben und am Ende sehen, zu welcher Struktur wir kommen wollen. Wir wollen diesen Prozess nicht vorzeitig dadurch beenden, dass wir uns auf eine bestimmte Struktur einlassen. Wir wollen zunächst die Inhalte weiterentwickeln. Das ist uns wichtig.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Als nächster Redner hat sich Herr Kollege Felbinger gemeldet.

(Martin Güll (SPD): Mach es kurz, Günther!)

Günther Felbinger (FREIE WÄHLER): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich finde, wir sind in einer spannenden Zeit. Zwei Tage vor unserem Volksbegehren zaubern SPD und GRÜNE ihre Gesetzentwürfe für das bayerische Gymnasium aus dem Hut nach dem Motto: Wir wollen auch noch mitreden. Herr Kollege Güll, ich gebe Ihnen absolut recht, wenn Sie feststellen: Man meint, es gebe momentan nichts Wichtigeres in der Bildungspolitik als diese Diskussion um die Weiterentwicklung des bayerischen Gymnasiums. Ich sage Ihnen auch, warum das so ist: Wir haben diesem Thema mit unserem Volksbegehren viel Dynamik verliehen und einen Prozess angestoßen, der nicht mehr zu stoppen ist.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ich danke den Fraktionen der GRÜNEN und der SPD dafür, dass wir heute dieses Thema noch einmal aufzäumen können. Damit können wir nämlich einmal Ihr Fähnchen-wechsel-dich-Spiel entlarven. Herr Kollege Güll, Sie sind vorhin ans Pult getreten und haben einen Gesetzentwurf zur Wiedereinführung des G 9 präsentiert, abgeschrieben vom Philologenverband und ein bisschen fehlgedeutet mit sozialdemokratischer Ideologie. Das zeigt auch, wie Sie mit Ihren Mitgliedern umspringen. Sie haben Ihren Mitgliedern in einem Schreiben erklärt, der Philologenverband und die Landes- schülervvertretung hätten sich der SPD-Meinung für eine neunjährige Regelschullaufzeit angeschlossen. Es ist kein Wunder, dass SPD-Mitglieder auf mich zugekommen sind und mich gefragt haben: Was will denn meine SPD noch?

(Helga Schmitt-Bussinger (SPD): Da sind Sie der richtige Ansprechpartner!)

Einerseits sprechen Sie in Ihrem Gesetzentwurf von einer starren Regellaufzeit von neun Jahren, andererseits sprechen Sie in Ihrem Schreiben an die Mitglieder von einer flexiblen Oberstufe. Was wollen Sie denn nun? Dieses Fähnchen-wechsel-dich-Spiel sind wir von der SPD in dieser Frage gewohnt; denn vor der Landtagswahl haben Sie noch das Wahlrecht gefordert. Nun fordern Sie eine starre Laufzeit und

mehr Flexibilität. Meine Damen und Herren, mehr Widerspruch geht gar nicht. Wundern Sie sich nicht, wenn die Mitglieder nicht mehr wissen, wo Sie stehen.

Ich wundere mich aber auch über den Gesetzentwurf der GRÜNEN, die im Landtagswahlkampf noch fest zum G 8 gestanden sind und jetzt mit einem Potpourri inhaltlich-pädagogischer Flexibilisierungsmaßnahmen glänzen, bis hin zu dem Vorschlag, dass die zweite Fremdsprache aufs Spiel gesetzt werden soll. In diesem Gesetzentwurf sind einige handwerkliche Fehler enthalten. Außerdem, das ist bereits gesagt worden, ist dieser Gesetzentwurf nicht einmal KMK-konform.

Lieber Kollege Gehring, eine Qualitätssteigerung sieht anders aus. In Ihrem Gesetzentwurf schimmert im Hintergrund ein bisschen die Gemeinschaftsschule durch. Ich hätte mir von beiden Gesetzentwürfen etwas mehr erwartet. Sie wurden mit heißer Nadel gestrickt und haben allerhand Webfehler.

Eines muss ich Ihnen jedoch zugute halten: Sie haben im Gegensatz zur CSU wenigstens etwas zu Papier gebracht. Die CSU nörgelt nur und sagt, was man nicht machen kann. Sie hinterfragt nur. Staatsminister Spaenle würde noch immer am Salvatorplatz sitzen und Däumchen drehen, wenn wir ihm hier nicht Beine gemacht hätten, damit sich endlich etwas bewegt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Lachen bei der CSU)

Fakt ist doch und wahr ist, dass die Anmeldezahlen für die fünften Klassen im nächsten Schuljahr zeigen, dass das G 8 gerade im ländlichen Raum immer mehr an Akzeptanz verliert, vor allem in den Bezirken Niederbayern, Oberpfalz und Oberfranken.

(Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Quatsch!)

Der Anteil der Kinder, die sich für das Gymnasium entscheiden, wird immer geringer. Die Gründe dafür liegen auf der Hand: zu viel Nachmittagsunterricht, zu viel Leistungsdruck. Deswegen müssen wir diesen Trend stoppen. Wir werden das mit unserem Volksbegehren auch tun. Wir sind unideologisch, und es ist uns wichtig, dass es beide

Wege gibt, das G 9 und die Möglichkeit, das Gymnasium auch in acht Jahren zu bestreiten. Wir FREIEN WÄHLER werden eine weitere Absenkung des Niveaus am Gymnasium nicht mitmachen. Wir werden es nicht zulassen, dass das Gymnasium zur Gemeinschaftsschule wird. Wir wollen mehr Qualität am Gymnasium, damit das Gymnasium endlich wieder zum Flaggschiff des bayerischen Schulsystems wird.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir wollen, dass das Gymnasium die Persönlichkeit bildet und Arbeits- und Studierfähigkeit ermöglicht. Wir wollen, dass das G 9 in Bayern wieder möglich wird. Damit das geschehen kann, ist die Unterschrift bei unserem Volksbegehren das einzige wirklich überzeugende Mittel. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Kollege Felbinger. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Im Einvernehmen mit dem Ältestenrat schlage ich vor, beide Gesetzentwürfe dem Ausschuss für Bildung und Kultus als federführendem Ausschuss zu überweisen. Besteht damit Einverständnis? – Das ist der Fall. Dann ist das so beschlossen.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Bildung und Kultus

**Gesetzentwurf der Abgeordneten
Markus Rinderspacher, Martin Güll,
Kathi Petersen u.a. und Fraktion (SPD)**
Drs. 17/2361

**zur Änderung des Bayerischen Gesetzes über das
Erziehungs- und Unterrichtswesen (Wiedereinfüh-
rung des neunjährigen Gymnasiums)**

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatter: **Martin Güll**
Mitberichterstatter: **Otto Lederer**

II. Bericht:

1. Der Gesetzentwurf wurde dem Ausschuss für Bildung und Kultus federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Gesetzentwurf mitberaten. Der Ausschuss für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen hat den Gesetzentwurf endberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Gesetzentwurf in seiner 25. Sitzung am 5. März 2015 beraten und mit folgendem Stimmresultat:
CSU: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Enthaltung
B90/GRÜ: Enthaltung
Ablehnung empfohlen.

3. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Gesetzentwurf in seiner 61. Sitzung am 25. März 2015 mitberaten und mit folgendem Stimmresultat:
CSU: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
B90/GRÜ: Enthaltung
Ablehnung empfohlen.
4. Der Ausschuss für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen hat den Gesetzentwurf in seiner 33. Sitzung am 23. April 2015 endberaten und mit folgendem Stimmresultat:
CSU: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Enthaltung
B90/GRÜ: Enthaltung
Ablehnung empfohlen.

Martin Güll
Vorsitzender

Ich komme nun zum Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Annette Karl, Natascha Kohnen und anderer und Fraktion (SPD) betreffend "Landesentwicklung und Landesentwicklungsprogramm zukunftsfähig gestalten im Dialog mit Bürgern und Verbänden" auf Drucksache 17/6453. Mit Ja haben 60 Abgeordnete gestimmt, mit Nein haben 80 Abgeordnete gestimmt. Stimmenthaltungen gab es keine. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 4)

Dann stelle ich noch förmlich fest, dass die Fraktionen einvernehmlich darauf verzichten, heute die Zweite Lesung über die Gesetzentwürfe zum BayEUG durchzuführen.

Ich rufe die **Tagesordnungspunkte 9 und 10** gemeinsam auf:

Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Länderfinanzausgleich reformieren - Belastung Bayerns senken - Klage zurückziehen
(Drs. 17/5386)

und

Antrag der Abgeordneten Dr. Harald Schwartz, Karl Freller, Peter Winter u. a. (CSU)
Neuregelung des Länderfinanzausgleichs
(Drs. 17/5342)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt nach der Geschäftsordnung 24 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich dabei an der Redezeit der stärksten Fraktion.

Erste Rednerin ist Frau Kollegin Claudia Stamm. Bitte sehr.

Claudia Stamm (GRÜNE): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen, sehr geehrte Kollegen, liebe Kolleginnen und Kollegen der Opposition! Ist es Ihnen auch schon einmal so gegangen? Sie waren irgendwo zu irgendeinem Thema in einer Diskussion, und dann kam das Argument von der CSU-Seite – ein völlig anderes Thema –: Wenn wir nicht so viel in den Länderfinanzausgleich zahlen müssten, dann könnten wir uns auch endlich mehr Lehrerinnen und Lehrer leisten. - Damit wird immer versucht, jede inhaltliche Diskussion abzuwürgen. Das ist aber reine Stimmungsmache, weil – und das wissen hoffentlich die Kolleginnen und Kollegen der CSU auch – es beim Länderfinanzausgleich nicht um die Ausgaben, sondern um die Einnahmen

geht. Es geht darum, die Einnahmen innerhalb der Bundesrepublik einigermaßen zu nivellieren. Liebe Kolleginnen und Kollegen, diese Stimmungsmache ist kein bisschen lösungsorientiert. Das gilt auch für Ihr Verhalten in allen Verhandlungen, bei denen es um den Länderfinanzausgleich geht. Auch der CSU-Antrag ist kein bisschen lösungsorientiert. Ich glaube, inhaltsfreier war kaum je ein Antrag in diesem Landtag.

(Beifall bei den GRÜNEN)

In diesem Antrag steht nichts anderes, als dass der Länderfinanzausgleich zu reformieren sei und die Leistungen, die Bayern zahlt, nach unten geschraubt werden müssten. Das wollen wir auch. Wir alle in diesem Landtag wollen, dass Bayern weniger zahlt.

(Thomas Kreuzer (CSU): Seit wann denn?)

Dafür brauchen wir jedoch erst einmal ein Konzept. Dabei müssen wir immer auf Augenhöhe mit den anderen Ländern bleiben und sollten nicht von oben herab Forderungen erheben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die CSU ist also nicht lösungsorientiert. Dass die Staatsregierung nicht lösungsorientiert ist, hat ihr letztes die Zeitung "Handelsblatt" attestiert. Lieber Kollege Hünnerkopf, diese Zeitung ist nicht gerade linksorientiert oder GRÜNEN-affin. In dieser Zeitung stand der Artikel mit der Überschrift "Immer wieder Seehofer". In diesem Artikel geht es darum, dass jeder Vorschlag, von welcher Seite auch immer, ob nun vom Bundesfinanzminister oder von der Großen Koalition, von Bayern abgelehnt wird. Das ist nicht lösungsorientiert und kann auch nicht im Sinne von uns hier im Bayerischen Landtag sein.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Wir alle wollen weniger einzahlen. Das geht jedoch nicht, wenn es kein Konzept gibt. Zuerst haben wir von Finanzminister Söder gehört: Bayern wird nur noch eine Milliarde Euro zahlen. Da stand kein Konzept dahinter. Die Aussage lautete nur: Bayern wird nur noch eine Milliarde Euro zahlen. Kurz darauf sagte der Finanzminister: Wir wollen eine Milliarde Euro weniger zahlen. Das ist ein Schwenk; denn wenn Bayern nur noch eine Milliarde Euro zahlen würde, wäre das eine Senkung des Beitrags um vier Milliarden Euro. Das ist ein riesiger Unterschied zu der Aussage, dass Bayern nur eine Milliarde Euro weniger zahlen werde. Das zeigt, wie konzeptionslos Sie sind. Für eine Regierungspartei ist es peinlich, dass bis heute bei den Verhandlungen kein Konzept auf dem Tisch liegt.



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Gesetzentwurf der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Martin Güll, Kathi Petersen, Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild, Inge Aures, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Hans-Ulrich Pfaffmann, Helga Schmitt-Bussinger** und **Fraktion (SPD)**

Drs. 17/2361, 17/6391

**zur Änderung des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen
(Wiedereinführung des neunjährigen Gymnasiums)**

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Inge Aures

II. Vizepräsidentin

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet

Abg. Martin Güll

Abg. Thomas Gehring

Abg. Prof. Dr. Gerhard Waschler

Abg. Günther Felbinger

Abg. Otto Lederer

Staatsminister Dr. Ludwig Spaenle

Dritter Vizepräsident Peter Meyer

Abg. Hubert Aiwanger

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Zur gemeinsamen Beratung rufe ich die Tagesordnungspunkte 2 und 3 auf:

Gesetzentwurf der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Martin Güll, Kathi Petersen u. a. und Fraktion (SPD)

zur Änderung des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen (Wiedereinführung des neunjährigen Gymnasiums)

(Drs. 17/2361)

- Zweite Lesung -

und

Gesetzentwurf der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

zur Änderung des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen

Gymnasium plus: Lernen im eigenen Takt durch pädagogische Reformen in der Unter- und Mittelstufe und Stärkung der Eigenverantwortung in der Oberstufe durch Kurssystem und flexibler Oberstufe (Drs. 17/2447)

- Zweite Lesung -

Zum ersten Gesetzentwurf ist von der SPD-Fraktion namentliche Abstimmung beantragt worden. Das ist bereits mitgeteilt worden, die Frist ist somit eingehalten.

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Erster Redner ist Kollege Güll von der SPD-Fraktion. Bitte schön, Herr Kollege, Sie haben das Wort.

(Beifall bei der SPD)

Martin Güll (SPD): (Vom Redner nicht autorisiert) Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! "Wenn Du entdeckst, dass Du ein totes Pferd reitest, steig ab!" So lautet eine Weisheit der Dakota-Indianer.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Liebe CSU-Fraktion, wann sehen Sie endlich ein, dass Sie mit Ihrem sturen Festhalten am G 8 ein totes Pferd reiten?

(Beifall bei der SPD)

Seit über zehn Jahren dauert schon die Diskussion; 2004 hat sie begonnen. Herr Kultusminister, Sie haben damals - - Ach, er ist gar nicht da. Es ist bemerkenswert, dass der Herr Minister bei einem so wichtigen Thema nicht anwesend ist, sondern vom Staatssekretär, der gar nicht zuständig ist, vertreten wird. Kollege Sibler, Sie sind Gymnasiallehrer; also haben Sie auch etwas davon. Sie können es dem Herrn Kultusminister weitersagen.

Der Kultusminister sagt immer, er sei nicht glücklich über den Prozess, habe aber 2004 noch keine Verantwortung für den Kultusbereich getragen. Aber heute ist der Kultusminister Dr. Spaenle verantwortlich; seit 2008 ist er Minister. Er hat dafür zu sorgen, dass die Unzufriedenheit mit der Entwicklung des bayerischen Gymnasiums abgestellt wird. Nach unserer Wahrnehmung ist die Unzufriedenheit aber eher größer als kleiner geworden. Das mussten wir in der gesamten vergangenen Legislaturperiode beobachten; in dieser Legislaturperiode, die 2013 begonnen hat, setzt sich das fort. Ich bin davon überzeugt, dass sich an der Unzufriedenheit nichts ändern wird, wenn Sie, Herr Kultusminister, in dieser Frage nicht zu einer grundsätzlich anderen Haltung kommen.

Bisher haben Sie nur an Stellschrauben gedreht: Das eine Mal wollten Sie den Lehrplan kürzen, ohne genau zu wissen, an welchen Stellen. Ein anderes Mal haben Sie eine Verwaltungsvorschrift geändert, ohne genau zu wissen, was Sie damit bewirken wollen. Dann haben Sie ein Flexi-Jahr eingeführt, das niemand haben wollte. Normalerweise würde man sagen: Mit Pauken und Trompeten durchgefallen! Alles Rohrkreier! Sie haben keine Lösungen gefunden für ein G 8, das auch niemand haben will.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Dann kam dem Herrn Staatsminister, der mittlerweile eingetroffen ist, eine glorreiche Idee: Er startete einen Dialogprozess. "Dialog" klingt immer gut. Das hat auch Frau Ministerin Aigner erkannt. Aber dem Dialogprozess folgte die Entscheidung im stillen Kämmerlein. Entscheiden wollte man nicht im Dialog.

(Volkmar Halbleib (SPD): Nur schöne Worte!)

Dann kam eine "viel bestaunte" – Sie hören sicherlich die Anführungszeichen – Lösung, die Mittelstufe plus. Diese ist wirklich einmalig in Deutschland. Nirgendwo sonst findet man sie. Nach elf Jahren erreichen die Schülerinnen und Schüler die mittlere Reife, nach 14 Jahren über die FOS das Abitur. Das bedeutet eine Schulzeitverlängerung, nicht eine Schulzeitverkürzung. Eigentlich war dieses Modellprojekt nur für sehr wenige, 20 bis 25, Schulen gedacht.

Kaum jemand in der Fachwelt sieht es als tragfähige Lösung an, die Mittelstufe von drei Jahren auf vier Jahre zu erweitern. Den Eltern war es egal. Sie haben sich, als sie die Wahl hatten, ihre Kinder in die bisherige oder die entzerrte Mittelstufe zu schicken, mehrheitlich dafür entschieden. Alle hatten das vorausgesehen, bis auf die CSU, die wie immer ahnungslos war. Die CSU hatte geglaubt, nur wenige würden sich für das Modellprojekt entscheiden. Das Gegenteil ist der Fall. Eine überdeutliche Mehrheit der Eltern – im Schnitt sind es 60 % - will eine längere gymnasiale Lernzeit, um ihren Kindern mehr Bildung, aber auch mehr Lebensqualität zu ermöglichen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Es ist bemerkenswert, und das tritt auch in Umfragen zutage: Wenn man den Eltern die Möglichkeit gibt, für ihre Kinder den neunjährigen Weg im Gymnasium zu wählen, dann entscheiden sie sich dafür. Das haben wir schon in den anderen Bundesländern gesehen. Anders formuliert: Die Mehrheit der Eltern will für ihre Kinder eine entspanntere Gymnasialzeit. Das ist seit Beginn der entsprechenden Einschreibefrist auch in Bayern mehr als klar geworden.

Liebe CSU-Fraktion, lieber Herr Dr. Spaenle, Sie haben sich wohl geirrt. Sie dachten, die Ausweichmöglichkeit zum G 8 werde nicht so stark nachgefragt werden. Aber 60 % der Eltern sind nicht wenig. Ich erinnere an die Zahlen, die Sie uns in einer Antwort auf unsere Schriftliche Anfrage mitgeteilt haben: Im Regental-Gymnasium Nittenau sind es sogar 80 %. Am Karls gymnasium Bad Reichenhall haben 90 %, am Gymnasium Christian-Ernestinum in Bayreuth 80 %, im Johann-Michael-Sailer-Gymnasium Dillingen 86 % und im Spessart-Gymnasium in Alzenau im Landkreis Aschaffenburg 90 % der Eltern von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht. Ich glaube, mehr braucht man dazu nicht zu sagen. Das sind deutliche Entscheidungen. Diese sollte man auch irgendwann einmal zur Kenntnis nehmen.

Eines ist auch klar: Im Moment sprechen wir nur von den 47 Schulen. Andere stehen aber in den Startlöchern und würden sich auch so entscheiden wie die Eltern der Kinder in den 47 Pilotschulen. Ich bin auch überzeugt, dass dies nicht nur die Mehrheit der Eltern gut findet, sondern auch die Mehrheit der Schülerinnen und Schüler und der Lehrkräfte.

Bleibt also die spannende Frage, liebe CSU-Fraktion, sehr geehrter Herr Minister: Worum geht es Ihnen jetzt überhaupt? Geht es Ihnen darum, dass Sie nicht verlieren können? Geht es Ihnen darum, dass Sie einen politischen Fehler nicht korrigieren können, oder wollen Sie das einfach nur aussitzen? – Ich frage mich, bis wann. Ist das ein richtiges Politikverständnis? Ist das Bildungspolitik? – Ich möchte noch eines hinzufügen: Geht es Ihnen überhaupt noch um die Kinder?

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Geht es Ihnen überhaupt noch um die Schulfamilie, um Eltern, Schüler und Lehrer, die das, was sie im Gymnasium vorfinden, aufgrund Ihrer Untätigkeit, vielleicht Ihres Unvermögens, vielleicht auch aufgrund Ihrer Gleichgültigkeit jeden Tag aushalten müssen? – In den sozialen Netzwerken kann man oft Interessantes lesen. Eine Mutter hat kürzlich geschrieben: Was passiert eigentlich mit den Versuchskaninchen des G 8?

Gibt es Entschädigung für die geraubte Kindheit und Jugend? - Eigentlich kann man nur sagen: Die Richtung, in der die Eltern dies diskutieren, ist klar.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir reden nicht von einigen wenigen Schülerinnen und Schülern, die betroffen sind. Deswegen müssen wir uns damit beschäftigen. Wir reden von rund 400.000 Kindern und Jugendlichen, die jeden Tag davon betroffen sind, und deren Eltern, die in den Dialogprozess Hoffnungen gesetzt haben.

Diese zwei Jahre mit der ausgedehnten Mittelstufe sind als Pilotversuch nur an den staatlichen Gymnasien angeboten worden, jedoch nicht an den kommunalen und privaten Schulen. In ganz München gibt es keine Pilotschule. Das heißt im Klartext: Nur rund 2.800 von den 300.000 Schülerinnen und Schülern an den staatlichen Gymnasien kommen in den Genuss der Lernzeitverlängerung, gerade einmal 1 %. Wenn Sie dann fragen, was mit den anderen ist, müssen wir die klare Antwort geben: Für diese bleibt alles beim Alten. Sie leiden weiter und haben bis jetzt keine Chance, eine Entzerrung zu erreichen. Sieht so Fürsorge aus?

(Lachen eines Abgeordneten der CSU)

– Sie mögen darüber lachen. Ich sage Ihnen eines: Mein Fazit ist:

(Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Das ist auch zum Lachen! – Gegenruf des Abgeordneten Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Zum Weinen ist das!)

Die CSU ist mit ihrer Gymnasialpolitik, Herr Kollege Waschler, gnadenlos gescheitert, und das auf Kosten der Kinder.

(Beifall bei der SPD – Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Das ist Quatsch!)

Die SPD-Landtagsfraktion hat schon während des Dialogprozesses – das war vor einem guten Jahr – klar festgelegt: Das Gymnasium muss von neun Jahren her gedacht werden; denn die meisten Schüler brauchen eben mehr und nicht weniger Lern- und Bildungszeit gerade – das kommt auch in Ihren Begründungen – angesichts der

zunehmenden Heterogenität der Schüler. Das schließt nicht aus, dass man für die kleinere Gruppe der schnelleren und leistungstärkeren Schüler auch Beschleunigungs- und Überholspuren einbauen kann; das ist selbstverständlich. Es geht aber um die Grundstruktur des Gymnasiums. Deshalb beraten wir diesen Gesetzentwurf heute in der Zweiten Lesung. Wir wollten nämlich diese Grundstruktur in Artikel 9 festlegen – bewusst nur diese Grundstruktur, nicht das Inhaltliche, das in dieser Diskussion nicht von diesem Hohen Hause bestimmt werden kann.

Diese Realität, dass die Eltern, Schüler und Lehrer die Grundstruktur von neun Jahren haben wollen, gilt es, zur Kenntnis zu nehmen. Sie haben jetzt die einmalige Gelegenheit, Ihren Irrweg zu beenden und diesem Gesetzentwurf zuzustimmen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der GRÜNEN)

Wenn man diese Grundstruktur festgelegt hat, ist klar, dass man sich dann um die Inhalte kümmern muss. Dann muss man die Innenstruktur des Gymnasiums festlegen; dann müssen Fachleute, Wissenschaftler, Eltern und Praktiker ran und die Form des Gymnasiums, die Inhalte, die Lehrplaninhalte usw. so auf das Gleis setzen, dass sie dann über Jahre und Jahrzehnte tragen und wir so Ruhe in das Gymnasium bekommen.

Die Mittelstufe plus jedenfalls ist kein pädagogisches Konzept. Das muss man klar sagen. Sie ist eine Variante, wie man einen Lehrplan auf neun Jahre strecken kann. Das ist die Aussage, die der Herr Staatsminister immer macht. Der Lehrplan ist für acht Jahre gemacht, und jetzt verteilt man den Stoff einfach auf neun Jahre. Dahinter steht aber kein inhaltliches Konzept.

Lieber Kollege Lederer – das kommt hinterher bestimmt; Sie zitieren mich ja öfters –, ich will gleich sagen, dass es schon fast peinlich ist, wenn Sie sagen, wir würden nie inhaltlich diskutieren. Wir haben uns mit einer inhaltlichen Diskussion massiv in den Dialogprozess eingebracht. Wir haben klar gesagt, was mit dem Lehrplan passieren muss, was mit den Stundentafeln und mit den Fächern passieren muss, und fordern

zum Beispiel eine Vernetzung der Unterrichtsfächer und neue pädagogische Lehrformen. Das alles haben wir klar benannt. Deshalb wollen wir hier und heute die Grundstruktur festlegen und in Ruhe mit den Fachleuten über die inhaltliche Ausgestaltung sprechen. Das ist keine Aufgabe und steht auch in keinem Gesetz anderer Bundesländer.

Vieles spricht für die neun Jahre. Ich glaube, das ist auch ausreichend gesagt und begründet worden. Ich habe trotzdem – das sage ich abschließend – Sympathie für den Gesetzentwurf der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN für das Gymnasium plus. Auch diese Idee haben wir in die Diskussion eingebracht. Vielleicht ist das ein Modell, das wir mit einer flexiblen Oberstufe erreichen können. Deswegen werden wir diesem Gesetzentwurf auch zustimmen. Es bleibt aber die Aufforderung an Sie, an das Hohe Haus, der Änderung von G 8 in G 9 zuzustimmen, und darum bitte ich Sie. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Als Nächster hat Herr Kollege Gehring von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Thomas Gehring (GRÜNE): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Beim G 8 ist einfach keine Ruhe, nicht in der Schulfamilie und auch nicht in der öffentlichen Wahrnehmung. Nach über zehn Jahren G 8, nach einem gescheiterten Volksbegehren, nach einer Landtagswahl, bei der Sie die absolute Mehrheit bekommen haben, ist keine Ruhe beim G 8, weil es Konstruktionsfehler hat, die nicht zu beheben sind, vor allem nicht durch Ihre Politik.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie haben nach der Wahl den Dialogprozess angestoßen. Alle haben sich daran beteiligt, auch wir, die Oppositionsfraktionen. Es wurde viel diskutiert. Den Gesetzentwurf, den wir eingebracht haben, bezeichne ich ausdrücklich als einen Beitrag zu diesem

Dialogprozess. Es ist unsere Aufgabe als Parlamentarier, dem Parlament Vorschläge vorzulegen und sie zur Diskussion zu stellen.

Im September ist auf der Klausurtagung der CSU in Kloster Banz die Mittelstufe plus beschlossen worden, aber nicht als Ausfluss dieses Dialogforums. Darüber ist dort gar nicht diskutiert worden. Dort sind ganz andere Vorschläge diskutiert worden. Mit dem Mittelstufe-plus-Beschluss ist das Dialogforum beendet und abgewürgt worden. Die Beteiligten an diesem Dialogforum – das sind alle Lehrerverbände, Eltern, Schüler und Parteien – fragen sich schon, was sie eigentlich ein Dreivierteljahr gemacht haben, warum sie zu den Sitzungen gegangen sind und was sie eingebracht haben, da es nun eigentlich keine Rolle mehr spielt. Es ist die Methode dieser Staatsregierung, Dialogforen so zu gestalten: Man holt alle zusammen, ob es um Bildung oder um Energie geht, diskutiert lange, und dann macht die Staatsregierung, was sie eh machen will. Das heißt bei der Bayerischen Staatsregierung "Dialog".

(Beifall bei den GRÜNEN)

Mit unserem Gesetzentwurf nehmen wir diesen Dialog wieder auf und wollen ihn in den Bayerischen Landtag tragen. Uns geht es ganz entscheidend – das ist der Unterschied zur Mittelstufe plus – um die Situation der Schülerinnen und Schüler. Uns geht es auch – das ist bei der Mittelstufe plus völlig verloren gegangen – um einen Bildungsbegriff für ein modernes Gymnasium in Bayern.

Ich darf aus unserem Gesetzentwurf zitieren. Dort steht als Aufgabe des Gymnasiums:

Das Gymnasium vermittelt seinen Schülerinnen und Schülern eine vertiefte allgemeine Bildung, es nimmt ihre Heterogenität und individuelle Leistungsfähigkeit wahr und befähigt sie durch individuelle Schwerpunktbildung, ... ihren Bildungsweg an einer Hochschule, aber auch in berufsqualifizierenden Bildungsgängen fortzusetzen.

Im Zentrum stehen für uns das selbstständige Lernen und die Selbstständigkeit der Schülerinnen und Schüler; denn die Aufgabe der Bildung, insbesondere des Gymnasiums, ist es, zu lehren, wie man sich des eigenen Verstandes ohne Anleitung durch andere bedient, wie es schon Immanuel Kant vor 200 Jahren ausgedrückt hat. Das wäre mehr denn je Aufgabe eines bayerischen Gymnasiums.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir stellen die Pädagogik in den Mittelpunkt unseres Gesetzentwurfs und machen dazu Vorschläge. Das beginnt schon in der Unterstufe. Dort müssen die Schülerinnen und Schüler von der Grundschule abgeholt werden. Dort muss ihnen die Arbeitsweise des Gymnasiums vermittelt werden, und zwar nicht mit Druck, sondern mit mehr Zeit. Deswegen sehen wir mehr Unterrichtszeit in der Unterstufe vor, um in der Schule eine Hausaufgabenbetreuung und Hausaufgabenanleitung zu ermöglichen und die Schülerinnen und Schüler auf das Lernen am Gymnasium vorzubereiten.

Jetzt wird zwar viel über den Zulauf zur Mittelstufe plus an den 47 Schulen gesprochen, aber nicht deswegen, weil die Eltern, die Lehrerinnen und Lehrer und die Schülerinnen und Schüler von der Mittelstufe plus so begeistert sind. Der Grund ist, dass sie nach drei Jahren Unterstufe am Gymnasium vor dieser Art und Weise des Lernens am Gymnasium fliehen. Sie entweichen aus der Unterstufe in die Mittelstufe plus, weil sie so, wie sie bisher gearbeitet haben, nicht mehr weitermachen wollen. Wer eine Tür aufmacht, braucht sich nicht darüber zu wundern, dass die Leute hindurchgehen, auch wenn es vielleicht die falsche Tür ist.

Wir sehen wie auch Sie – ich glaube, darin sind wir uns alle einig –, dass die Mittelstufe das Problem des Gymnasiums ist. Mit der Mittelstufe plus strecken Sie dieses Problem nur. Sie lösen diese Probleme nicht. Was sind die Probleme der Mittelstufe? - Eine zu große Fülle an Fächern, eine zu große Stoffdichte und zu viele Bewertungen und Benotungen. Es reicht nicht aus, dieses Problem zu strecken. Wir müssen etwas dagegen tun. Gegen zu viele Fächer brauchen wir Fächerverbünde, in denen Fächer

im Zusammenhang gelernt werden, in denen man lernt, dass die Welt aus verschiedenen Fächern besteht, aber einen Zusammenhang hat, und dass das alles nur Sinn macht, wenn man den Zusammenhang versteht. Wir brauchen die Epochalisierung der kleinen Fächer, sodass ein Fach ein halbes Jahr lang vier Stunden und ein anderes Fach im nächsten halben Jahr ebenfalls vier Stunden unterrichtet werden kann. Wir brauchen deutlich weniger Benotungen und Prüfungen. Wir brauchen mehr Feedback. Die Schülerinnen und Schüler brauchen mehr Möglichkeiten, einzuschätzen, was sie können, wo ihre Stärken liegen und wohin sie wollen. Das zu lernen, ist die Hauptaufgabe eines jungen Menschen in der Pubertät, und er muss auch in der Schule die Fähigkeit erwerben, sich selbst einzuschätzen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Mit der Mittelstufe plus werden diese Probleme der Mittelstufe nicht behoben. Sie werden nur verlängert. Wir machen einen Vorschlag, wie das Problem der unterschiedlichen Geschwindigkeiten am Gymnasium gelöst werden kann. Es gibt Leute, die das Gymnasium in acht Jahren durchlaufen wollen, und Leute, die es in neun Jahren durchlaufen wollen. Ich bin sehr davon überzeugt, dass unser Vorschlag, die Schwelle dafür nach der zehnten Klasse einzubauen, richtig ist; denn die jungen Leute können dann selbst entscheiden, ob sie das Gymnasium in zwei oder in drei Jahren durchlaufen wollen. Hier geht es wieder um die eigenständige Entscheidung der Schülerinnen und Schüler.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der zweite Punkt: Wir brauchen einen geschlossenen Bildungsgang bis zur zehnten Klasse, der an jeder Schule, egal ob Mittelschule, Realschule oder Gymnasium, mit dem mittleren Bildungsabschluss, der Mittleren Reife abschließt, um die Anschlussfähigkeit zu gewährleisten. Es ist absurd, wenn die jungen Leute erst nach der elften Klasse am Gymnasium die Mittlere Reife haben. Was soll das heißen? Wo sind da die Anschlüsse?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das zeigt, dass Sie das Gymnasium immer nur vom Abitur her sehen. Ihnen ist es egal, dass ein Drittel bis die Hälfte der Gymnasiasten das Gymnasium früher verlässt. Deren Schicksal ist Ihnen schlicht wurscht.

(Beifall bei den GRÜNEN – Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Das stimmt doch nicht! – Manfred Ländner (CSU): Ihnen ist es egal, ob es zwei oder drei Jahre sind!)

– Herr Kollege Ländner, wenn Sie sitzen, dürfen Sie gerne Zwischenrufe machen. Dann werden Sie vielleicht auch qualitativ besser.

(Manfred Ländner (CSU): Ich wiederhole es: Ihnen ist es egal, ob es zwei oder drei Jahre sind!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Mittelstufe plus ist ein aufwendiges Verfahren. Sie kostet zusätzliches Geld, wenn sie eingeführt wird. Auch darüber wird nicht gesprochen. Wir haben deutlich gemacht, dass unser Modell zusätzliche Mittel für das Gymnasium bedeutet. Sie sind aber dadurch im Griff zu halten, dass es sich nur um ein zusätzliches Jahr für das Gymnasium handelt.

(Zuruf von der CSU: In der Mittelstufe plus sind es auch nur drei Jahre!)

In der Mittelstufe plus habe ich eine Doppelstruktur. Doppelstrukturen kosten Geld. Das wissen alle. Das wissen andere Bundesländer, die das auch machen. Es wird sich herausstellen, wie sich das entwickelt. Wir haben ein Gutachten erstellen lassen. Sie können es gerne nachlesen.

Wir glauben auch, dass sich ein Auslandsaufenthalt mit unserem Modell wesentlich besser verträgt, weil man nach der zehnten Klasse sagen kann: Ich gehe ein Jahr ins Ausland und schließe dann mit der Oberstufe an. Festzustellen ist, dass mit der Einführung des G 8 die Zahl der Auslandsaufenthalte bayerischer Gymnasiasten dras-

tisch zurückgegangen ist, und das in einer Welt, die offen ist und in der wir jeden Tag Internationalität predigen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir halten es auch für notwendig, die Oberstufe durch Bildung von Schwerpunkten zu reformieren. Auch dazu kommt von Ihnen nichts. Wir haben deutlich gesagt: Wir brauchen die Reform des Gymnasiums insgesamt.

Wir sind darauf gespannt, was aus der Mittelstufe plus wird. Wir erproben sie jetzt an 47 Modellschulen. An einigen dieser Schulen gibt es eine große Nachfrage. Der Ministerpräsident hat gesagt, es soll an den Ressourcen nicht scheitern, auch wenn es mehr Geld kostet, und jeder soll machen, was er will, wenn er an die Mittelstufe plus will. Was wird im nächsten Jahr passieren, wenn noch weitere Schulen dazukommen, wenn sich weitere Schulen anmelden und die Leute fragen, ob über die Mittelstufe plus doch wieder das G 9 eingeführt wird? - Wenn ich mir die Politik der CSU anschau, kann ich mir durchaus vorstellen, dass das passieren wird. Sie betreiben nämlich eine Politik nach dem Dominostein-Prinzip: Wenn die ersten Steine fallen, fallen auch die anderen. Dann merken Sie den Druck und reagieren darauf. Dann wird es zu einer Einführung des G 9 kommen, die unkoordiniert und pädagogisch nicht begründet ist, die genauso holprig wie damals die Einführung des G 8 ist. Und das ist der falsche Weg.

(Beifall bei den GRÜNEN)

In unserem Gesetzentwurf stellen wir die Pädagogik und die Schülerinnen und Schüler in den Mittelpunkt. Wir machen einen pragmatischen und finanzierbaren Vorschlag für eine individuelle Schulzeitverlängerung oder Schulzeitverkürzung. Deswegen bitte ich Sie, unserem Gesetzentwurf zuzustimmen.

Wir sehen mit großem Respekt den Gesetzentwurf der SPD, die das neunjährige Gymnasium einführen will. Wenn man das neunjährige Gymnasium einführen wollte,

wäre es sicher besser, das über ein Gesetz zu tun als durch die Hintertür über die Mittelstufe plus. Wir werden uns daher zum Gesetzentwurf der SPD enthalten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. Als nächster hat der Kollege Professor Dr. Waschler von der CSU das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich nehme es vorweg: Beide Gesetzentwürfe, die wir jetzt beraten, sind längst überholt. Wenn ich das Wort des Kollegen Güll vom "toten Pferd" aufgreife, kann ich nur feststellen, dass beide Vorredner von der Opposition mehrere tote Pferde bewegt haben, und das noch dazu auf Irrwegen. Ich werde das mit Fakten belegen.

Erstens. Das bayerische Gymnasium wird heute weit über die Ländergrenzen hinweg hoch anerkannt, und das nicht nur in irgendwelchen Sonntagsreden, sondern in klaren Aussagen. Die Bürgerinnen und Bürger wurden nämlich befragt. In einer Umfrage von Infratest dimap aus dem Jahr 2014 haben 62 % der Befragten erklärt, dass die bayerischen Schulen besser als die Schulen anderer Bundesländer seien. Zwei Drittel der Befragten sagen, dass das bayerische Gymnasium in der aktuellen Form beizubehalten sei. Lediglich 18 % der Befragten halten weitere Reformen an den Gymnasien für sehr wichtig. Dabei sei mir der Hinweis auf ein Volksbegehren gestattet, das die Wiedereinführung des G 9 zum Ziel hatte, das aber gescheitert ist. Wenn man diese Fakten betrachtet, kann man schon sagen, dass der von der CSU-Landtagsfraktion und der von ihr getragenen Staatsregierung eingeschlagene Weg der richtige ist.

Zweitens ist es ganz klar und auch vonseiten der Opposition unwidersprochen der Fall, dass die bayerischen Gymnasiasten die besten Voraussetzungen für ein erfolgreiches Studium und für ihren weiteren beruflichen Weg haben. Verehrter Herr Kollege Güll, selbstverständlich geht es uns, der CSU-Landtagsfraktion, um das Wohl der Kinder und Jugendlichen und nicht um Ideologie. Die Fakten bestätigen unseren Weg.

Drittens haben wir – Herr Güll, das ist von Ihnen nur am Rande erwähnt worden – die modernsten Lehrpläne Europas. Ich nenne als Stichwort den LehrplanPLUS, mit dem wir uns inhaltlich breit und intensiv beschäftigt haben. Diese Lehrpläne bieten künftig für die Schülerinnen und Schüler an den Gymnasien, die grundsätzlich für acht Jahre angelegt sind, eine hervorragende Grundlage. Das ist bisher nicht bestritten worden. Wir haben an den Gymnasien hoch engagierte Kolleginnen und Kollegen, die den Bildungsweg unserer Schülerinnen und Schüler mit hoher Fachkompetenz gestalten und bereiten.

Viertens wird in Zweifel gezogen, dass es Schulen gibt, welche eine Schulzeit von acht Jahren für richtig halten. Hierzu nenne ich ein kleines Beispiel. Lieber Herr Kollege Güll, beim Betrachten der Sachlage und der geäußerten Positionen möchte ich anmerken, dass Sie sich einmal sehr positiv zum achtjährigen Gymnasium geäußert haben. Man kann seine Meinung ändern – keine Frage. Ich zitiere den Schulleiter des Ortenburg-Gymnasiums in Oberviechtach, Günter Jehl, in der "Süddeutschen Zeitung" vom 6. Mai 2015: "Allein vom demografischen Wandel und der überalterten Gesellschaft gedacht, spricht alles für das G 8."

Fünftens darf ich darauf hinweisen, dass der Schulleiter selbstverständlich auch sagt: Wenn man ein Jahr mehr zur Verfügung hätte, hätte man mehr Möglichkeiten. Allerdings müssen die Schülerinnen und Schüler ein Jahr länger an der Schule verbringen. Aufgrund des pädagogischen Bedarfs ist das manchmal notwendig. Deshalb läuft derzeit ein Versuch an 47 Schulen, die sich freiwillig dafür entschieden haben, diese Mittelstufe plus zu erproben. Das ist ein folgerichtiger Schritt auf dem gemeinsamen weiteren Weg. Damit wird für diejenigen, die das so haben wollen, eine Verbesserung erzielt. Ab dem Schuljahr 2015/2016 werden somit 47 Gymnasien im Rahmen eines zweijährigen Pilotversuchs diese Mittelstufe plus erproben. Verehrte Kolleginnen und Kollegen, sollte der Versuch erfolgreich sein, erfolgt die Einführung der Mittelstufe plus als Option für alle Gymnasien. Liebe Kolleginnen und Kollegen der Opposition, warum verbinden Sie Kritik und Häme mit der Entscheidung so vieler Schülerinnen und Schü-

ler für die Versuchsschulen? - Das ist in Ordnung. Zu den Versuchsschulen zählen große und kleine Gymnasien in Städten oder im ländlichen Raum mit unterschiedlichen Ausbildungsrichtungen und Sprachenfolgen. Ein guter Zulauf ist doch in Ordnung. Was hätten Sie gesagt, wenn das keiner in Anspruch genommen hätte? - Sie hätten gesagt: Die Regierungsfraktion und die Staatsregierung sind gescheitert. - Jetzt ist das Gegenteil der Fall. Ich kann nur sagen: Seien Sie doch froh. Wir werden uns den Versuch gründlich anschauen. Wir werden überlegt vorgehen. Es wird keine Schnellschüsse geben. Sie müssten doch zufrieden sein. Ich verstehe Sie wirklich nicht.

Ich stelle zusammenfassend fest, dass wir in Bayern nicht nur ein bewährtes differenziertes Bildungswesen mit vielen Schularten haben. Wir haben auch unterschiedliche Wege zum Abitur und zur Hochschulzugangsberechtigung. Um den verschiedenen Talenten gerecht zu werden, gibt es unterschiedliche Ausrichtungen. Wenn es darum geht, nach der Grundschulzeit Vorschläge für eine weiterführende Schulart zu machen, würde es für uns mit Sicherheit keine Qualitätsabstriche beim Gymnasium in irgendeiner Weise geben. Stattdessen wird es viele Hinweise auf andere Schularten geben. Die Mittelschule ist die berufsvorbereitende Schulart schlechthin. Sie eröffnet ebenfalls den Weg zum Hochschulzugang. Das ist selbstverständlich möglich. Die gesamte berufliche Bildung halten wir nicht nur in hohen Ehren, sondern wir sind ausdrücklich davon überzeugt, dass wir uns mit der beruflichen Bildung in Bayern nicht zu verstecken brauchen. Wer einen guten Abschluss sowie eine Hochschulzugangsberechtigung hat, muss nicht unbedingt an die Hochschule gehen. Das ist eine weitere Option. Ich möchte darauf hinweisen, dass auch die Erfolgsmodelle Realschule und Wirtschaftsschule von der Opposition regelmäßig unterschlagen werden.

Ich komme zum Schluss. Die Ablehnung der Gesetzentwürfe der Opposition heute ist der beste Weg für die bayerischen Schülerinnen und Schüler zu einer erfolgreichen Bildungszukunft in Bayern. - Danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Als Nächster hat Herr Kollege Felbinger von den FREIEN WÄHLERN das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Günther Felbinger (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich habe mir fast 30 Minuten die unterschiedlichen Auffassungen über die Zukunft des Gymnasiums in Bayern angehört. Die letzten fünf Minuten haben mich jedoch zu häufigem Kopfschütteln veranlasst. Herr Kollege Waschler, Sie sagen, das bayerische Gymnasium genieße über die Ländergrenzen hinweg eine hohe Anerkennung. Sie müssen sich einfach einmal die nackten Tatsachen in Bayern anschauen, wonach 60 % der Befragten doch etwas anderes wollen, nämlich eine verlängerte Lernzeit. Das muss man einmal deutlich feststellen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Zuruf des Abgeordneten Professor Dr. Gerhard Waschler (CSU))

Sie haben einen Schulleiter aus Oberviechtach zitiert und das G 8 mit dem demografischen Wandel begründet. Wie schaffen Sie das? Warum ist der demografische Wandel der Grund dafür, beim G 8 zu bleiben? – Das ist rational nicht nachvollziehbar.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Das Gegenteil!)

Ich glaube, der CSU täte es gut, etwas mehr Demut zu zeigen. Ich möchte ein Jahr zurückblicken. Sie haben das G 8 in den höchsten Tönen gelobt. Als wir damals unser Volksbegehren zur Wahlfreiheit initiiert haben, haben Sie uns vorgeworfen, damit würden wir alles kaputtmachen, wir seien der Totengräber der ländlichen Gymnasien, dies wäre organisatorisch gar nicht umsetzbar. – Nachdem Sie unsere Idee, Wahlfreiheit herzustellen, aufgegriffen haben, hat sich unsere Prophezeiung erfüllt. Die übergroße Mehrheit der Schülerinnen und Schüler bzw. der Eltern hat sich für eine längere Lernzeit entschieden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Man könnte auch sagen: Die FREIEN WÄHLER waren in dieser Hinsicht der Trendsetter.

(Lachen bei der CSU)

- Ja, natürlich.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Studiengebühren abgeschafft, Wahlfreiheit eingeführt – dank der FREIEN WÄHLER!)

Damals waren wir der Trendsetter. Ihre damalige Prognose, dass nur rund 30 % eine längere Schulzeit haben wollen, war vom Willen der Menschen in Bayern völlig entfernt. Das muss man an dieser Stelle deutlich sagen.

Als sie sich für die Mittelstufe plus entschieden haben, hat der Staatsminister mit allen Mitteln versucht, verschiedene Hürden aufzustellen. Zunächst sollte die Stundentafel belassen werden. Er wollte nur 25 % der Schüler zulassen. Auf diese Weise wurde versucht, den Erfolg der Mittelstufe plus zu verhindern. Trotzdem haben sich 60 % der Schülerinnen und Schüler für das G 9 entschieden. Herr Minister, das ist eine schallende Ohrfeige für Sie sowie für die gymnasiale Bildungspolitik der CSU der letzten zwölf Jahre.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Eigentlich muss man den Ministerpräsidenten, der heute nicht da ist, auffordern, seine Minister auf dem Weg zur Wahlfreiheit besser zu kontrollieren; denn der Ministerpräsident ist längst auf unserer Seite und sagt: Wir müssen für diejenigen, die das wollen, die Möglichkeit schaffen und die nötigen Ressourcen hierfür bereitstellen. Deswegen sind wir nicht damit zufrieden, dass nur 47 der 71 Modellschulen diese Wahlfreiheit bekommen, sondern möchten, dass sie auch den anderen 24 Gymnasien so bald als möglich eingeräumt wird. Da steht der Ministerpräsident im Übrigen im Wort. Er hat nämlich gesagt - ich zitiere -: "Wenn die Bevölkerung sich in diesem Ausmaß entscheidet, werden auch die notwendigen Ressourcen zur Verfügung gestellt." Das for-

dern wir FREIEN WÄHLER ein. Wir wollen allen so bald als möglich die Wahlfreiheit ermöglichen.

Wir sind trotzdem mit dem Mittelstufe-plus-Modell nicht vollumfänglich zufrieden; denn uns fehlt nach wie vor eine Reform des G 8. Das muss man in aller Deutlichkeit sagen. Dazu ist bisher noch kein Sterbenswort aus dem Kultusministerium herausgedrungen, genauso wenig wie in Bezug auf die pädagogischen Reformen, die mit dieser Mittelstufe plus groß angekündigt waren. Herr Waschler, Sie haben vorhin gesagt, dass wir mit die modernsten Lehrpläne und den LehrplanPLUS haben. Der LehrplanPLUS soll im Jahr 2018 eingeführt werden. Das ist wieder typisch für die CSU: Sie agieren mit irgendwelchen Luftnummern, die noch nicht untermauert sind, die noch nicht Realität sind. Das sind leere Ankündigungen!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Widerspruch des Abgeordneten Professor Dr. Gerhard Waschler (CSU))

Jetzt komme ich zu den beiden Gesetzentwürfen, die wir heute diskutieren. Zu dem Gesetzentwurf der SPD muss ich deutlich sagen, Herr Kollege Güll: Wir bräuchten diesen Gesetzentwurf heute gar nicht, hätten Sie damals unser Volksbegehren unterstützt. Noch im Landtagswahlkampf waren auch Sie für die Wahlfreiheit. Dann haben Sie sich wie ein Chamäleon gewandelt, und jetzt sind Sie plötzlich auf das G 9 in der Regelform umgestiegen, einen Vorschlag des Philologenverbandes, dem wir durchaus Sympathie entgegenbringen. Aber die Anmeldezahlen für die Mittelstufe plus haben gezeigt, dass eine komplette Rückkehr zum G 9 zum jetzigen Zeitpunkt der falsche Weg und nicht der Weisheit letzter Schluss wäre.

(Zuruf von der CSU)

Zwei Drittel wünschen sich eine neunjährige Schulzeit, ein Drittel wünscht sich eine achtjährige. Wir setzen hier auf die Wahlfreiheit. Die Schülerinnen und Schüler sollen wählen können. Wie es in zwei oder drei Jahren aussieht, werden wir sehen, wenn es so weit ist. Aber wir sehen, dass dieser Gesetzentwurf eine gewisse Substanz hat. Er

fordert nämlich eine Reform des G 8. Wir werden uns deswegen enthalten, um ein Signal zu senden, dass wir neben dem G 8 ein neunjähriges Gymnasium brauchen.

Lassen Sie mich nun noch einige Worte zum Gesetzentwurf der GRÜNEN sagen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie bringen einen Gesetzentwurf ein, den die Staatsregierung so nicht umsetzen kann und auch nicht darf. Sie schlagen nämlich etwas vor, was mit den Vereinbarungen der KMK nicht vereinbar ist. Herr Kollege Gehring, wenn Sie sagen, die Pädagogik steht im Mittelpunkt, dann ist das durchaus löblich; aber wir müssen uns natürlich an die Gesetze halten. In der KMK-Vorgabe heißt es - ich zitiere -:

Zur Grundstruktur der gymnasialen Oberstufe gehören die Gliederung in eine einjährige Einführungsphase und eine zweijährige Qualifikationsphase. Dabei kann der Jahrgangsstufe 10 des Sekundarbereichs I eine Doppelfunktion als letzter Schuljahrgang des Sekundarbereichs I und als erster Schuljahrgang der gymnasialen Oberstufe zukommen.

Liest man den Vorschlag der GRÜNEN, dann wird exakt dies nicht eingehalten; denn der Artikel 9 des BayEUG soll um einen Artikel 9a erweitert werden. Sie schlagen vor, dass die Einführungsphase in der Jahrgangsstufe 10 kommt, die Qualifikationsphase in den Jahrgangsstufen 11 und 12 bzw. 11, 12 und 13. Damit läge die Dauer der Qualifikationsphase für viele Schülerinnen und Schüler bei drei Jahren. Das geht nicht. Der Kollege Güll hat im Jahr 2014 im Übrigen gegenüber der "Süddeutschen Zeitung" zur flexiblen Oberstufe bestätigt, dass das nicht den Vorgaben der KMK entspricht. Wo er recht hat, hat er recht. Deshalb können wir den GRÜNEN allenfalls in der Problembeschreibung zustimmen; aber die Lösungen, die Sie bieten, sind nicht tragfähig.

Ich lese in dem Gesetzentwurf der GRÜNEN zwischen den Zeilen noch eine ganz andere Absicht. Sie wollen am Gymnasium alle Abschlüsse verleihen:

(Thomas Gehring (GRÜNE): Das ist doch heute schon so!)

nach der neunten Klasse den Quali, nach der zehnten den mittleren Schulabschluss und nach der Oberstufe das Abitur. Zudem soll in Ihrem neuen Artikel 9a festgesetzt werden:

Die Gymnasiale Oberstufe ermöglicht die Aufnahme von Schülerinnen und Schülern mit dem Abschluss der Realschule, der Wirtschaftsschule, der Mittleren-Reife-Klasse Jahrgangsstufe 10 der Mittelschule oder anderer Schularten, die zum mittleren Abschluss führen.

Liebe GRÜNE, wie soll das denn gehen ohne zweite Fremdsprache und ohne vertiefte Kenntnisse in den Naturwissenschaften? - Ich sage Ihnen hier ganz deutlich: Wir FREIE WÄHLER werden eine weitere Absenkung des Niveaus des Gymnasiums nicht mitmachen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir FREIE WÄHLER werden auch nicht zulassen, dass das Gymnasium zur Gemeinschaftsschule wird. Wir wollen das Gymnasium in Bayern stark machen, und wir wollen, dass es stark bleibt. Wir wollen, dass das Gymnasium die Persönlichkeit bildet und das Studieren ermöglicht. Trotz der wohlklingenden pädagogischen Ansätze, die aber nicht über eine Änderung des BayEUG Eingang finden sollen, sondern in die Lehrpläne gehören, lehnen wir den Gesetzentwurf der GRÜNEN ab.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Als Nächster hat der Kollege Otto Lederer von der CSU das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Otto Lederer (CSU): Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn die FREIEN WÄHLER glauben, dass sie in der Bildungspolitik, das Gymnasium betreffend, Trendsetter sind,

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Das glauben wir nicht nur, das ist so!)

muss ich Ihnen sagen, dass zwar 3 % der bayerischen Bevölkerung das auch so sehen, aber eben nicht mehr.

(Beifall bei der CSU – Widerspruch des Abgeordneten Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER))

Wenn die Bildungsexperten der FREIEN WÄHLER immer noch nicht wissen,

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Sie müssen die 60 % der Schüler angeben, die jetzt im G 9 lernen!)

dass in der Grundschule in den Jahrgangsstufen 1 und 2 bereits der LehrplanPLUS eingeführt ist, wundert es mich nicht, dass es bei den FREIEN WÄHLERN mit der Bildungspolitik nicht besser wird.

(Beifall bei der CSU)

Aber lassen Sie mich jetzt auf die beiden Gesetzentwürfe eingehen. - Der Gesetzentwurf der SPD äußert Kritik am achtjährigen Gymnasium. Von Qualitätsminderung ist die Rede, von Gefährdung der Studierfähigkeit, von fehlender Freizeit. Ich darf hier an die Expertenanhörung vom 05.06.2014 erinnern, bei der Professor Prenzel unwidersprochen Folgendes gesagt hat:

Alles, was uns an repräsentativen Daten vorliegt, weist darauf hin, dass wir keine Qualitätsunterschiede zwischen dem G 8 und dem G 9 finden, weder bei den Leistungsergebnissen noch in anderen Bereichen, die für die Persönlichkeitsentwicklung eine Rolle spielen.

Trotzdem glaubt die SPD, hier Lösungen zu finden: mehr Lernzeit, mehr Zeit für Kernfächer, mehr Zeit für individuelle Förderung, umfassende Allgemeinbildung, Vorbereitung auf das Studium. Wie soll all das gehen?

(Prof. Dr. Peter Paul Gantzer (SPD): Durch Lernen!)

- Durch die Verlängerung der Schulzeit, Herr Professor Gantzer. Ich zitiere jetzt aus dem Gesetzentwurf: unter "Beibehaltung der in der KMK vereinbarten Anzahl der verbindlichen Wochenstunden von 265 Stunden bis zum Abitur".

(Zuruf von der CSU: Hört, hört!)

Man muss wissen: Die 265 Stunden haben wir schon jetzt im G 8. Das heißt: keine einzige Stunde mehr Lernzeit; keine einzige Stunde mehr Zeit für Kernfächer; keine Stunde mehr Zeit für individuelle Förderung, umfassende Allgemeinbildung oder Vorbereitung auf das Studium. Was Sie vorhin gefordert haben, Herr Kollege Güll, ist in Ihrem Gesetzentwurf überhaupt nicht enthalten. Dafür machen wir etwas anderes: Wir schicken die Schüler in der Unterstufe bereits um 12 Uhr nach Hause; denn wenn dieser Gesetzentwurf umgesetzt würde, hätten wir in der Unterstufe des Gymnasiums zum Teil weniger Wochenstunden als in der vierten Klasse der Grundschule.

(Kerstin Schreyer-Stäblein (CSU): Na super!)

Wenn das die Weiterentwicklung des bayerischen Gymnasiums im Sinne der SPD ist, dann muss ich sagen: Das ist der falsche Weg.

(Beifall bei der CSU)

Deswegen ist Ihr Gesetzentwurf aus meiner Sicht eher eine Mogelpackung, die viel verspricht, aber nichts halten kann. Liebe Kolleginnen und Kollegen, mich wundert, dass in dem Gesetzentwurf der SPD mit keinem Wort auf die Inhalte eingegangen wird: Lehrplan, Pädagogik und Lehrerbildung. Herr Güll, Sie haben das begründet: erst die Struktur, dann die Inhalte. Wir haben doch bei der Expertenanhörung gehört, was die Wissenschaftler davon halten. Sie sagen uns genau das Gegenteil: Nicht die Struktur steht im Vordergrund, sondern die Inhalte stehen im Vordergrund. Sie machen das völlig Falsche!

(Beifall bei der CSU)

Weil dieser Gesetzentwurf derartige handwerkliche Fehler hat, wundert es mich nicht, dass er von keiner anderen Partei hier im Haus mitgetragen wird. Vielleicht wäre es doch besser gewesen, wenn Sie beim Bildungsdialog noch ernster dabei gewesen wären und ihn noch aufmerksamer verfolgt hätten.

Ich muss sagen: Die SPD hat in den letzten Jahren bezüglich des Gymnasiums einen regelrechten Schlingerkurs gefahren. Früher haben Sie kein gutes Haar am G 9 gelassen. Mitte des Jahres 2012 haben Sie noch gesagt: kein unsinniges zusätzliches Jahr am Gymnasium. Sie haben dann die flexible Oberstufe propagiert, das Gymnasium der zwei Geschwindigkeiten favorisiert und wollen jetzt ein G 9 ohne auch nur eine zusätzliche Unterrichtsstunde. Das sind innerhalb von drei Jahren vier verschiedene Versionen. Herr Güll, Sie haben uns vorhin gefragt, ob es uns um die Kinder geht. Ich muss Ihnen jetzt entgegnen: Sie haben innerhalb von drei Jahren vier Versionen aufgetischt. Ob es da um die Kinder geht, weiß ich nicht.

(Beifall bei der CSU)

Wenn das G 8 – wie Sie das gesagt haben – ein totes Pferd ist, dann müssen Sie einmal ein Gespräch mit Ihren Kolleginnen und Kollegen in Nordrhein-Westfalen führen. Diese haben nämlich im Dezember letzten Jahres auf ihrem Landesparteitag einstimmig beschlossen, nicht zum G 9 überzugehen, sondern beim G 8 zu bleiben.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Sie können doch nicht NRW als Vorbild für Bayern nehmen!)

- Natürlich nicht. Aber ich möchte einmal darauf eingehen, wie die SPD in Deutschland Bildungspolitik betreibt, Herr Kollege.

(Beifall bei der CSU)

Im Gegensatz zur SPD haben sich die GRÜNEN durchaus mit Inhalten auseinandergesetzt. Sie haben aber aus meiner Sicht die völlig falschen Schlüsse daraus gezogen. Ich möchte nur auf das eine oder andere eingehen. Sie sind der Meinung, dass

es in der Mittelstufe sehr viele Probleme gibt, die alle durch pädagogische Reformen behoben werden könnten. Sie wollen zum Beispiel darüber nachdenken, ob mit der zweiten Fremdsprache nicht erst in der siebten Jahrgangsstufe begonnen werden sollte, was die Progression in der Mittelstufe noch steigern würde. Dahinter setze ich ein Fragezeichen.

Darüber hinaus sagen Sie, wir bräuchten zusätzliche Förderangebote in der Mittelstufe. Wann diese zusätzlichen Angebote stattfinden sollen, weiß ich nicht, möglicherweise zusätzlich am Nachmittag. Das heißt, in diesem Fall fände in der Mittelstufe am Nachmittag noch mehr Unterricht statt. Wir haben mit der Mittelstufe plus ein Modell, bei dem der Unterricht am Nachmittag weniger wird. Ich denke, unser System wäre hier besser.

Sie gehen sogar so weit und wollen in der Mittelstufe Differenzierungskurse als Übungsphase für das Kurssystem in der Oberstufe einführen. Ich finde das sehr interessant; denn bei der Mittelstufe plus der CSU haben Sie kritisiert, dass damit eine organisatorische Überdifferenzierung erfolge, die Schüler würden aus dem Klassenverband gerissen. Sie selbst wollen aber das Oberstufensystem in der Mittelstufe einführen. Und dann werfen Sie uns noch vor, Doppelstrukturen aufzubauen. Herr Kollege Gehring, bei dem, was Sie in der Mittelstufe und der Oberstufe vorhaben, wäre ich mit Kritik an der Mittelstufe plus sehr vorsichtig.

(Beifall bei der CSU)

Wir sind uns, glaube ich, alle einig, dass die flexible Oberstufe, die Sie in Ihrem Modell fordern, nicht KMK-konform ist und deshalb nicht umgesetzt werden darf. Sie haben dieses Modell selbst in Baden-Württemberg, wo Sie an der Regierung sind, nicht eingeführt. Das allein zeigt, dass Ihr Gesetzentwurf in die völlig falsche Richtung geht. Herr Kollege Felbinger hat bezogen darauf zu Recht gesagt: Hier sticht die Ideologie durch. Ein Blick nach Baden-Württemberg zeigt, wohin die Reise gehen könnte.

Mir ist klar, die Opposition ist sich in der Bildungspolitik völlig uneinig. Sie hat keinen gemeinsamen Nenner. Sie verfolgt völlig unterschiedliche Modelle. Deshalb lehnt die CSU beide Gesetzentwürfe aus voller Überzeugung ab. Damit bewahren wir unser bayerisches Gymnasium vor irreparablen Schäden.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Kollege Lederer, Herr Kollege Felbinger hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet. - Herr Kollege Felbinger, Sie haben das Wort. Bitte schön.

Günther Felbinger (FREIE WÄHLER): Herr Kollege Lederer, Sie und Ihr Kollege Waschler haben mehrfach Studien, Gutachten und Prognosen vorgetragen, wie toll das bayerische Gymnasium sei, welch hohe Anerkennung es genieße und warum es so gut sei. Wie erklären Sie sich dann, dass sich 60 % der Schülerinnen und Schüler an den Modellgymnasien für die Mittelstufe plus für die längere Laufzeit entschieden haben?

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Kollege Lederer, Sie haben das Wort.

Otto Lederer (CSU): Herr Kollege Felbinger, wir haben seit nunmehr zehn Jahren ein grundständiges achtjähriges Gymnasium, das wir in dieser Zeit

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): zugrunde gerichtet haben, Herr Kollege! –
Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): So ein Blödsinn!)

fortentwickelt haben.

- Herr Kollege, Sie sollten sich in der Bildungspolitik auskennen und sich einmal nationale und internationale Studien ansehen. Sie sollten sich auch ansehen, wie sich die zahlreichen Übertritte entwickelt haben und welche Anerkennung die bayerischen Abi-

turientinnen und Abiturienten auch im Ausland genießen. Ich muss sagen, dass Ihre diesbezüglichen Äußerungen wirklich unqualifiziert sind.

(Beifall bei der CSU)

Herr Kollege Felbinger, wir haben immer wieder versucht, das Gymnasium weiter zu optimieren. Zur individuellen Förderung gehört auch, den Schülerinnen und Schülern die Möglichkeit zu geben, eine individuelle Lernzeit zu beanspruchen.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Bravo!)

Als wir das Flexi-Jahr eingeführt haben, das nicht von sonderlich vielen Schülerinnen und Schülern akzeptiert wurde, haben Sie gesagt: Das ist ja völlig unmöglich. Das reicht überhaupt nicht. Das ist schlecht. - Jetzt haben wir ein Modell, das zumindest an den Modellschulen rund 60 % der Schülerinnen und Schüler beanspruchen. Jetzt sagen Sie wiederum: Das sind viel zu viele. - Ich bin der Meinung, wir sollten denjenigen Schülerinnen und Schülern mehr Lernzeit einräumen, die sie aus pädagogischen Gründen brauchen. Deswegen gibt es die Mittelstufe plus.

(Beifall bei der CSU – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Also 60 %!)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Als Nächster hat nun Herr Staatsminister Dr. Ludwig Spaenle das Wort. Bitte schön, Herr Staatsminister.

Staatsminister Dr. Ludwig Spaenle (Kultusministerium): Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Ich habe schon oft erlebt, dass tote Pferde geritten wurden. Dass aber tote Pferde zum Abdecker gebracht werden, ist schon wirklich etwas Neues. Was wir heute an bildungspolitischen Vorlagen erleben, ist wirklich auf den bildungspolitischen Müllhaufen abzulegen.

Wir haben uns in einer sehr intensiven Phase der Analyse und der Diskussion auf einen Punkt verständigt: Das bayerische Gymnasium wird von fast 40 % der Schüler-

innen und Schüler eines Jahrgangs als weiterführende Schulart gewählt. Dass inzwischen eine so heterogene Schülerschaft wie noch nie das bayerische Gymnasium besucht, ist eine große Herausforderung. Viele dieser jungen Menschen kommen aus Familien ohne gymnasiale Erfahrungen. Viele dieser jungen Menschen kommen aus Familien mit einem Zuwanderungshintergrund. Aus diesen Familien dürften noch mehr Schülerinnen und Schüler das Gymnasium wählen.

Wir sind uns einig, dass das bayerische Gymnasium auf diese Situation reagieren muss. Wir haben nicht nur in diesem Hohen Hause, sondern auch in den Dialogforen mit allen beteiligten Gruppen der gymnasialen Schulfamilie gesprochen. Wir haben dabei nicht nur einen ganzheitlichen Ansatz und eine Komponente, die sich populär oder populistisch darstellen lässt, in den Mittelpunkt der Weiterentwicklung gerückt. Vielmehr ist es notwendig, erstens die Frage in den Blick zu nehmen, was am bayerischen Gymnasium gelehrt wird. Der LehrplanPLUS ist die größte Unternehmung zur Schaffung einer neuen Lehrplangeneration, beginnend an den bayerischen Grundschulen, die es im Freistaat Bayern je gab. Wenn diese vierten Klassen ihren Übertritt vollziehen, wird an allen bayerischen weiterführenden allgemeinbildenden Schulen – Mittelschule, Realschule, Gymnasium, Wirtschaftsschule – ein neuer Lehrplan zur Verfügung stehen. Diese Phase nutzen wir, um den Herausforderungen, die mit dem Gymnasium und der starken Nachfrage nach gymnasialer Bildung zu tun haben, zu begegnen.

Wir müssen zweitens natürlich auch die gymnasiale Pädagogik – auch hier waren wir uns einig – zeitgemäß fortentwickeln. Das Kultusministerium und das ISB haben mittlerweile einen neuen Leitfaden, einen äußerst umfangreichen Maßnahmenkatalog, zur Weiterentwicklung der Gymnasialpädagogik, vorgelegt, der in diese Gesamtstrategie eingebettet ist. Über 100 Schulen haben sich an der Entwicklung für einen Unterricht auf der Höhe der Zeit an bayerischen Gymnasien beteiligt. Damit stehen ganz konkrete pädagogische Empfehlungen und Methoden zur Weiterentwicklung der Pädagogik an den bayerischen Gymnasien zur Verfügung.

Drittens haben wir dies verantwortlich in die Lehrerbildung und Lehrerfortbildung zu übersetzen.

Viertens gilt als Grundprinzip der bayerischen Bildungspolitik, in einem differenzierten Bildungswesen mit organisierter Durchlässigkeit den jungen Menschen, die sich unterschiedlich entwickeln, durch die Schule selbst unterschiedlich viel Lernzeit anzubieten.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Also dann!)

Dieses Grundelement der bayerischen Bildungspolitik ist jetzt in der Frage, wie wir das auch an den Gymnasien anbieten können, in der Erprobung. Das ist das strategisch ganzheitliche Vorgehen der Landtagsfraktion der CSU und der Bayerischen Staatsregierung. Wir tun das zusammen mit der gymnasialen Schulfamilie.

Deswegen werden ab dem kommenden Schuljahr 47 Schulen dieses Modell der individuellen Lernzeit je nach pädagogischem Bedarf, den zu ermitteln Aufgabe in der ersten Stufe der Pilotphase war, in die Praxis umsetzen.

Wir haben eine hohe Gestaltungsfreiheit bei der Stundentafel. Wir werden die Frage, wie sich das konkret abbilden lässt, über die gesamte Schulfamilie – kleine Standorte, große ländliche Standorte, verdichtete Ballungsräume, vielleicht auch Schulen, die einen Zugang zum klassischen humanistischen Gymnasium haben, große Schulen mit vielen Zweigen - zu beantworten haben. Dies werden wir mit den Verantwortlichen tun. Deshalb sind solche Debatten wie die heutige zwar nützlich, aber in der Sache letztlich nicht sehr hilfreich.

Wir wollen gemeinsam mit den Schulen Modelle entwickeln, die wir für alle Gymnasien in Bayern zur Verfügung stellen können, um der Herausforderung gerecht zu werden, dass so viele junge Menschen wie noch nie zuvor aus ganz unterschiedlichen familiären und sozialen Situationen das bayerische Gymnasium besuchen können und dabei Erfolg haben.

Ich kann nicht verstehen, warum die Gemeinsamkeiten, die wir in diesem Dialogprozess entwickelt haben, die wir als die in der Exekutive Verantwortung Tragende zu einem Modell zusammengeführt haben, jetzt kritisiert werden. Die individuelle Lernzeit für Schüler mit pädagogischem Bedarf wird kritisiert, obwohl in der Mittelstufe derselbe Stoff wie in der Regelform mit einem zusätzlichen Jahr bewältigt werden kann. Ich finde, es ist eher positiv, wenn man von gemeinsamen Analyseergebnissen und Erkenntnissen zu Forderungen und entsprechenden bildungspolitischen Maßnahmen kommt.

Was die Kollegen von den GRÜNEN anbieten, kann man zwar machen, aber es ist schlicht und einfach KMK-widrig. Das haben wir hier auch diskutiert.

Die starren Konzepte, die der Gesetzentwurf der SPD vorsieht, mit der Formel, die vielleicht erst später verstanden worden ist, nämlich "G 9 für alle", sind aus meiner Sicht genauso überholt wie die Aussagen zu G 8 und damit bildungspolitische Geschichte.

Insofern sollten wir uns jetzt dem zuwenden, was wir gemeinsam auf den Weg gebracht haben, nämlich die Erprobung der individuellen Lernzeit am bayerischen Gymnasium nach einem pädagogischen Konzept und mit einem Stoffumfang von acht Jahren durch diese 47 Schulen. Wenn dies geschehen ist, sollen die Schulen das, was die Eltern zu Recht vom bayerischen Gymnasium erwarten, nämlich eine hervorragende Vorbereitung auf ein mögliches Hochschulstudium und den Erwerb der Hochschulreife als guten Start in ein weiteres Ausbildungs- und Berufsleben, weiter fortentwickeln können.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Herr Minister, einen kleinen Moment, wir haben noch eine Zwischenbemerkung vom Kollegen Aiwanger.

Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Herr Minister, Sie haben Ihr Konzept gerade in den höchsten Tönen gelobt. Wir unterstützen das mit dieser individuellen Lernzeit natürlich, den Schülern die Möglichkeit zu geben, sich für acht oder neun Jahre Schulzeit bis zum Abitur zu entscheiden. Ich frage Sie, warum Sie so zögerlich an die Umsetzung herangehen. Warum lassen Sie die 24 Schulen, die noch in diese Pilotphase hineinwollten, nicht hinein, und warum haben Sie diese im Vorfeld so stark gebremst mit der Aussage, es seien hier ja nur 20 bis 25 % zu erwarten, das seien eher die Langsamen, die Mehrheit werde es wohl nicht wollen?

Wie wahr ist die Aussage, die immer wieder durchgesickert ist, es bräuchte sich keiner einzubilden, dass nach Abschluss der Pilotphase jedes Gymnasium diese Möglichkeit bekommt? Warum also sind Sie so passiv eingestellt? Lassen Sie doch dieses Erfolgsmodell zu!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Staatsminister Dr. Ludwig Spaenle (Kultusministerium): Erstens kann Schwachsinn nicht durchsickern. Wenn die Erfahrungen aus diesem Grundmodell nach der Pilotphase ergeben, dass es tragfähig ist, werden alle bayerischen Gymnasien, kommunale, private und staatliche, von einem dann festzustellenden Modell Gebrauch machen können. Das ist eine klare Aussage.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Super! Bravo!)

Zweitens haben wir Kriterien entwickelt, um die Schullandschaft Bayerns möglichst passgenau abzubilden. Das ist mit den 47 Schulen erfolgt. Es gibt eine Begründung für jede dieser Schulen, die sich beworben haben. Sie waren ganz unterschiedlich, und diese 47 sind dann zum Zug gekommen. Wir wollen diese Pilotphase so anlegen, dass wir auf die vielgestaltige Schullandschaft Bayerns Rücksicht nehmen können und die Ergebnisse tragfähig sind. Eine große Schule am Standort München hat sicherlich andere Rahmenbedingungen als ein Gymnasium im Landkreis Regen. Darum geht es in der Frage der Feststellung, welche Schulen die Schullandkarte für diesen Bereich

ergänzen. Insofern möchte ich gemeinsam mit den Schulen Erfahrungen sammeln und daraus die Konsequenzen ziehen.

Ich habe selbst an der Einführung des achtjährigen Gymnasiums mitgewirkt, was sub-optimal war; das sage ich ganz offen. Ich trage dafür Verantwortung. Jetzt will ich es anders machen.

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Vielen Dank, Herr Staatsminister. Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Dazu werden die Tagesordnungspunkte wieder getrennt.

Ich lasse zunächst über den Tagesordnungspunkt 3 abstimmen. Der Abstimmung liegt der Initiativgesetzentwurf der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 17/2447 zugrunde. Der federführende Ausschuss für Bildung und Kultus empfiehlt die Ablehnung des Gesetzentwurfs. Wer dagegen dem Gesetzentwurf zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die SPD-Fraktion. Die Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – CSU-Fraktion und die Fraktion der FREIEN WÄHLER. Gibt es Enthaltungen? – Eine bei der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Damit ist dieser Gesetzentwurf abgelehnt.

Wir kommen nun zum Tagesordnungspunkt 2. Hierzu ist namentliche Abstimmung beantragt. Der Abstimmung liegt der Initiativgesetzentwurf der SPD-Fraktion auf Drucksache 17/2361 zugrunde. Der federführende Ausschuss für Bildung und Kultus empfiehlt auch hier die Ablehnung. Wir beginnen jetzt mit der namentlichen Abstimmung. Die Urnen stehen bereit. Fünf Minuten!

(Namentliche Abstimmung von 14.39 bis 14.44 Uhr)

Meine Damen und Herren, ich schließe die Abstimmung. Ich bitte, das Ergebnis außerhalb des Plenarsaals zu ermitteln.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Die Tagesordnungspunkte 2 und 3 sind damit vorläufig erledigt.

(...)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Ich gebe nun das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Gesetzentwurf der Abgeordneten Rinderspacher, Güll, Petersen und anderer und Fraktion (SPD) zur Änderung des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen (Wiedereinführung des neunjährigen Gymnasiums) auf der Drucksache 17/2361 bekannt. Mit Ja haben 39, mit Nein 86 Kolleginnen und Kollegen gestimmt. Es gab 35 Stimmenthaltungen. Damit ist dieser Gesetzentwurf abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 1)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 10.06.2015 zu Tagesordnungspunkt 2: Gesetzentwurf der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Martin Güll, Kathi Petersen u. a. und Fraktion SPD; zur Änderung des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen (Wiedereinführung des neunjährigen Gymnasiums) (Drucksache 17/2361)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X		
Aigner Ilse		X	
Aiwanger Hubert			X
Arnold Horst	X		
Aures Inge	X		
Bachhuber Martin		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter			X
Bauer Volker		X	
Baumgärtner Jürgen		X	
Prof. Dr. Bausback Winfried			
Bause Margarete			X
Beißwenger Eric		X	
Dr. Bernhard Otmar		X	
Biedefeld Susann	X		
Blume Markus			
Bocklet Reinhold		X	
Brannekämper Robert		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X	
Brückner Michael		X	
von Brunn Florian	X		
Brunner Helmut			
Celina Kerstin			X
Dettenhöfer Petra			
Dorow Alex		X	
Dünkel Norbert		X	
Dr. Dürr Sepp			
Eck Gerhard			
Dr. Eiling-Hütig Ute		X	
Eisenreich Georg		X	
Fackler Wolfgang		X	
Dr. Fahn Hans Jürgen			X
Fehlner Martina	X		
Felbinger Günther			X
Flierl Alexander		X	
Dr. Förster Linus	X		
Freller Karl		X	
Füracker Albert			
Ganserer Markus			X
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Gehring Thomas			X
Gerlach Judith		X	
Gibis Max		X	
Glauber Thorsten			
Dr. Goppel Thomas		X	
Gote Ulrike			X
Gottstein Eva			X
Güll Martin	X		
Güller Harald	X		
Guttenberger Petra		X	
Haderthauer Christine		X	
Häusler Johann			X
Halbleib Volkmar	X		
Hanisch Joachim			X
Hartmann Ludwig			X
Heckner Ingrid			
Heike Jürgen W.		X	
Herold Hans		X	
Dr. Herrmann Florian		X	
Herrmann Joachim			
Dr. Herz Leopold			X
Hiersemann Alexandra	X		
Hintersberger Johannes		X	
Hofmann Michael		X	
Holetschek Klaus		X	
Dr. Hopp Gerhard		X	
Huber Erwin		X	
Dr. Huber Marcel		X	
Dr. Huber Martin		X	
Huber Thomas		X	
Dr. Hünnerkopf Otto		X	
Huml Melanie		X	
Imhof Hermann		X	
Jörg Oliver		X	
Kamm Christine			X
Kaniber Michaela		X	
Karl Annette	X		
Kirchner Sandro		X	
Knoblauch Günther	X		
König Alexander		X	
Kohnen Natascha	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Kränzle Bernd		X	
Dr. Kränzlein Herbert	X		
Kraus Nikolaus			X
Kreitmair Anton		X	
Kreuzer Thomas			
Kühn Harald		X	
Ländner Manfred		X	
Lederer Otto		X	
Leiner Ulrich			X
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig		X	
Lorenz Andreas		X	
Lotte Andreas	X		
Dr. Magerl Christian			X
Dr. Merk Beate		X	
Meyer Peter			X
Mistol Jürgen			X
Müller Emilia			
Müller Ruth	X		
Mütze Thomas			X
Muthmann Alexander			X
Neumeyer Martin		X	
Nussel Walter		X	
Osgyan Verena			X
Petersen Kathi	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich			
Prof. Dr. Piazolo Michael			X
Pohl Bernhard			X
Pschierer Franz Josef			
Dr. Rabenstein Christoph	X		
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris	X		
Dr. Reichhart Hans		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus			
Ritt Hans		X	
Ritter Florian	X		
Roos Bernhard	X		
Rosenthal Georg	X		
Rotter Eberhard		X	
Rudrof Heinrich		X	
Rüth Berthold		X	
Sauter Alfred		X	
Scharf Ulrike		X	
Scheuenstuhl Harry	X		
Schindler Franz	X		
Schmidt Gabi			X
Schmitt-Bussinger Helga	X		
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer-Stäblein Kerstin		X	
Schulze Katharina			X
Schuster Stefan	X		
Schwab Thorsten		X	
Dr. Schwartz Harald		X	
Seehofer Horst			
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl			
Sengl Gisela			X
Sibler Bernd		X	
Dr. Söder Markus		X	
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. Spaenle Ludwig		X	
Stachowitz Diana	X		
Stamm Barbara		X	
Stamm Claudia			X
Steinberger Rosi			X
Steiner Klaus			
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian			X
Strobl Reinhold	X		
Ströbel Jürgen		X	
Dr. Strohmayer Simone	X		
Stümpfig Martin			X
Tasdelen Arif	X		
Taubeneder Walter		X	
Tomaschko Peter		X	
Trautner Carolina		X	
Unterländer Joachim		X	
Dr. Vetter Karl			X
Vogel Steffen			
Waldmann Ruth	X		
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst		X	
Weikert Angelika	X		
Dr. Wengert Paul	X		
Werner-Muggendorfer Johanna			
Westphal Manuel		X	
Widmann Jutta			X
Wild Margit	X		
Winter Georg		X	
Winter Peter		X	
Wittmann Mechthilde		X	
Woerlein Herbert	X		
Zacharias Isabell	X		
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno			X
Gesamtsumme	39	86	35